

1. Beilage zur Volkswacht

Nr. 4.

Danzig, den 11. Januar 1913.

4. Jahrgang.

Preußischer Parteitag.

Unter zahlreicher Besichtigung und ebenso zahlreichem Tribünenbesuch begann am Montagmorgen der vierte Parteitag der Wahlrechtsheloten. Genosse Ernst eröffnete die Tagung mit einer Eröffnungsrede, die nach kurzen launigen Wendungen sofort in den bitteren Ernst der ereignissschweren Zeit hineinführte. Wie hätte auch die Sozialdemokratie des größten Bundesstaates, des vierzig-millionenstaates Preußen, zusammentreten können, ohne mit Abscheu und warnender Friedensmahnung des Balkanrieges und des ganzen sozialen Spieles zu gedenken, das die Diplomatie und Bourgeoisie der großen Staaten mit dem Feuer eines Weltkrieges zu treiben magt: Hofannahm lang man in den Kirchen, und draußen auf dem Schlachtfelde türmten sich die Leichen und ächzten die Verwundeten. Die Menschlichkeit und Friedensliebe mußte sich flüchten in den Schutz der „Gottesleugner“! Nach der Konstituierung des Parteitages und der Begrüßung des Genossen Sanders als Vertreter der britischen Bruderpartei, ergriff Genosse Ernst abermals das Wort, um als Vorsitzender den Bericht der preußischen Landeskommission zu erstatten. In kurzen, scharfen Strichen kennzeichnete er die Tätigkeit der Landeskommission während der verflochtenen Jahre. Die schamlose Komödie der Wahlrechtsneuschler bewies, was das preußische Volk von den herrschenden Parteien zu erwarten hat. Namentlich das Zentrum hat sich als die Partei der eklektischen Heuchelei und Perfidie erwiesen. Aber auch die preußische Regierung, repräsentiert durch den ehemaligen Kanalrebell von Dalswig, war wohl heiftröh, als — trotz des vom König in feierlicher Stunde gegebenen Versprechens — der ganze Spul der Wahlrechtskomödie vorüber war. Deshalb wird sich das Volk auf seine eigene Kraft besinnen müssen. Die Herren mögen sich gefast sein lassen, daß trotz alledem und nun erst recht die Wahlrechtsfrage nicht von der Tagesordnung verschwinden wird. Und sie sollen weiter wissen: wenn die herrschenden Klassen es in unvorstellbarer Mißachtung des Volkswillens so weiter treiben, so bleibt dem arbeitenden Volke eben gar nichts anderes übrig, als der Reaktion seine Kraft zu beweisen!

Nach kurzer unwesentlicher Aussprache folgte der Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion durch den Genossen Ströbel. Er verwies wegen der Einzelheiten auf das städtische Bändchen des Fraktionsberichts, um sich mit einer Kennzeichnung der Hauptlinien der preußischen Politik zu begnügen. Der Redner schloß mit der Aufforderung, das geradezu aufsteigende Tatsachenmaterial den weitesten Kreisen der preußischen Wahlrechtsheloten bei dem bevorstehenden Wahlkampf zugänglich zu machen, den einzig durch die Aufrüttelung der breiten Massen zum entschlossenen Kampfe die Eroberung des gleichen Wahlrechts für Preußen zu erwarten ist.

Auch an dieses Referat schloß sich keine Debatte — der beste Beweis, daß zwischen der preußischen Landtagsfraktion und dem preußischen Proletariat bis jetzt der innigste Kontakt bestanden hat. Den Beschluß der Verhandlungen des ersten Tages konnte deshalb ein höchst instruktives Referat des Genossen Georg Schmidt bilden, das in vorzüglicher Weise die Lage des preußischen Landproletariats darlegte. Der Redner schloß mit dem hoffnungsvollen Ausblick auf die bessere Zukunft der preußischen Landheloten: auch diese Schlacht des Proletariats werde sich dem großen Befreiungskampfe der Arbeiterklasse anschließen und dem Volke seine Rechte erobern helfen! — Die Debatte wurde auf Dienstag vertagt.

Die Debatte über die Wahlreform.

Sitzung vom Dienstag.

In einem mehr als zweistündigen, trefflich disponierten Referat legte in der Dienstagtagung des preußischen Parteitages der Sozialdemokrat Genosse Hirsch die Grundlinien dar, die die Partei bei den bevorstehenden Landtagswahlen einzuhalten habe. Natürlich stellt der Redner die Frage des Wahlrechts, diesen Angelpunkt der ganzen Preußenpolitik, dabei in den Vordergrund. Aber nicht um schönen Illusionen nachzugehen und sich gleich gewissen Anregern nun blindlings für eine bedingungslose Unterstützung des unterschiedslosen „Liberalismus“ zu begeistern, sondern um mit erfrischendem Tatsachensinn die politische Situation in Preußen so zu schildern, wie sie faktisch liegt. Nachdem er das abstoßende Charakterbild der Konservativen und Ultramontanen gezeichnet, entwarf er mit wenig schmeichelfasien, aber dafür um so porträtmäßlicheren Zügen ein Konterfei der Nationalliberalen. Und von diesem politischen Zwilling der freikonservativen Partei erwartete man einen Vorstoß für eine wirklich auch nur halbwegs akzeptable Wahlreform? Aber auch dem Freisinn ließ der Redner eine angemessene, nicht zu gelinde Kritik andeuten. Immerhin: wenn

der Freisinn eine Politik liberaler Ermannung treiben und statt sich von der Reaktion umgarnt zu lassen, ein ehrliches, auf reelle Gegenseitigkeit gegründetes Wahlabkommen eingehen wolle, so werde ihn die Sozialdemokratie nicht zurückstoßen. Nur müsse der Freisinn endlich den naiven Glauben aufgeben, daß die Sozialdemokratie sich einseifen und sich ihre Unterstützung ohne entsprechende liberale Gegenseitigkeit abstellen lasse. In längerer Darlegung der von der Landeskommission vorgeschlagenen Resolution zeigte dann Hirsch, wie diese Resolution zwar in gebotener Schärfe genau die Bedingungen des eventuellen Gegenseitigkeitsabkommens umgrenze, zugleich aber auch hinreichenden Spielraum für eine sinnmäßige und zweckentsprechende Handhabung eines das ganze Land umfassenden und alle Kompensationsmöglichkeiten berücksichtigenden Wahlabkommens gewähre.

In der Debatte zeigte sich, daß kein einziger Redner für den bekannten Vorschlag Eisners, den Liberalismus, und zwar auch den Nationalliberalismus, bereits bei den Wahlen, unter Verzicht auf Aufstellung eigener Wahlmänner, zu unterstützen, zu haben war. Wohl aber vertrat eine Anzahl von Diskussionsrednern, in erster Linie Eduard Bernstein, Rühls-Magdeburg und Dr. Landsberg, den Standpunkt, daß man dem armen Liberalismus doch nicht zuviel der Konsequenz und Mannhaftigkeit zumuten dürfe, sondern daß man mit Rücksicht auf die Mangelhaftigkeit seiner Organisationen und der Unzuverlässigkeit seiner Wähler, von der Bedingung der strikten Gegenseitigkeit mancherlei ablassen und ihm weit über seine Gegenseitigkeit hinaus Zugeständnisse machen möge. So forderte der vor diesen Genossen beäugelte Antrag Magdeburg, daß mit Zustimmung der Landeskommission dem Freisinn in den Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie selbst keine Aussicht auf Mandatsergänzung habe, schon bei den Wahlen sofort Unterstützung gewährt werden könne. Begründet wurde diese Forderung mit festam vertiegnen Hoffnungen über die Bedeutung einer Verstärkung des Liberalismus im Dreiklassenhaufe und allerlei Illusionen über den politischen Charakter sozialer Gruppen.

Diesem Versuch, unter allerlei Manövern Breche in das von der Landeskommission und dem Referenten empfohlene Prinzip des selbständigen Wahlvorgehens der Sozialdemokratie bei den Wahlen und der strikten Gegenseitigkeit zu legen, traten namentlich die Genossen Gewehr, Leckmann, Borchardt, Dikmann und Ströbe energisch entgegen. Alle diese Redner betonten mit Entschiedenheit, daß das selbständige Vorgehen der Partei bis zu den Wahlmännerparaden die erste Vorbedingung einer wirksamen Klassenkampfpropaganda sei. Nicht minder entschieden legten sie dar, daß es törichte Illusion ist, eine nennenswerte Reform von einer Verstärkung der bürgerlichen Linken zu erwarten. Die Fiktion, die aber die Reaktion dem Proletariat unter dem Zwang des proletarischen Wahlrechtssturmes so wie so als mindeste Abschlagszahlung gewähren müsse, falle nicht besser und nicht schlechter aus, ob zwei oder drei Duzend Liberale mehr im Landtage seien oder nicht. Das gleiche Wahlrecht werde erst eine schlagfertige und kampfbereite Sozialdemokratie erobern — und diese Kampfarmee durch prinzipiell sozialistische Auffklärung formieren zu helfen, sei der Hauptzweck des bevorstehenden Wahlkampfes!

Am Mittwoch geht die Debatte weiter.

Sitzung vom 8. Januar.

Die heutige, letzte Sitzung brachte eine sehr umfangreiche Debatte als Fortsetzung über die Taktik bei den Landtagswahlen.

Feller-Börlich wendet sich scharf gegen eine Unterstützung des Freisinn als Gegenleistung. Zu den Landtagswahlen schickten die Freisinnigen als Kandidaten den ganzen Abschamm des Berliner Liberalismus à la Mugdan. U. Hofmann-Berlin verlangt, daß wenn die Delegierten den Abgeordneten ihre Anerkennung ausgesprochen hätten, sie aber auch nun dafür sorgen müßten, den sechs Mann neue Hilfskräfte aus eigener Kraft zuzuführen. Er wendet sich dann gegen Bernstein und Landsberg und meint ebenfalls, ohne eine genügende Gegenseitigkeit dürfen die Freisinnigen nicht unterstützt werden. Uns ist ein feiger Bundesgenosse gefährlicher als der schlimmste Gegner. Frau Wurm tritt für die Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für die Frauen ein. Die Petitionen der bürgerlichen Frauenvereine an das Abgeordnetenhaus sind zum Teil von einer ehrenwerten Bescheidenheit. Liebknecht tritt energisch für die Resolution der Landeskommission ein. Es handelt sich bei der Taktik der Freisinnigen gegenüber darum, ob mit diesen im Landtage eine Mehrheit zu erzielen sei. Das ist ganz unmaßlich. Die Bedeutung unserer sechs Abgeordneten

liegt nur darin, daß eine gewaltige außerparlamentarische Macht hinter ihnen steht. Ein eingegangener Änderungsantrag der Resolution der Landeskommission, welcher von Bernstein eingebracht ist, wird von Leinert bekämpft. Leinert tritt für die Resolution der Landeskommission ein. Wir dürfen unter keinen Umständen die Bedingungen von 1908 abschwächen. Eduard Bernstein polemisiert gegen Hofmann. Die Differenz sei nicht so groß, als es scheint, es handle sich nur um das Maß der Gegenseitigkeit, das wir von den zu unterstützenden Parteien verlangen. In Wahrheit sind die Nationalliberalen verschieden von Ort zu Ort und von Provinz zu Provinz. Nach dem Schlußwort des Genossen Hirsch zieht Bernstein seinen Änderungsantrag zurück. Hierauf werden die einzelnen Absätze der Resolution der Landeskommission in allen ihren Teilen, und die Resolution als Ganzes einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt, die Sozialpolitik im preußischen Landtage, wird auf Vorschlag des Vorsitzenden von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem Haase erklärte, daß noch vor den preußischen Landtagswahlen ein Handbuch über die preußische Sozialdemokratie herausgegeben wird. Weiter wird eine Resolution, die der polnischen und dänischen Bevölkerung die Sympathien des Parteitages ausdrückt und das volksverräterische Treiben des Zentrums und der Polenfraktion brandmarkt, einstimmig angenommen. Ebenso eine Resolution über die Fleischtsteuerung. Der Vorsitzende hält darauf die Schlußansprache und schließt mit einem Hoch auf die internationale, die deutsche und preußische Sozialdemokratie den Parteitag. Die Delegierten haben sich erhoben und stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein und singen den Wahlrechtsvers der Arbeiter-Marxistaise: Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen, nun wohl!

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 8. Januar.

Der Reichstag kam in seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien endlich zur Behandlung der sozialdemokratischen Interpellation über den Wagenmangel auf den preußischen Eisenbahnen. Nach der üblichen Neujahrsbegrüßung durch den Präsidenten wurde die Interpellation verhandelt.

Der Begründer derselben, Abgeordneter König-Dortmund, stellte fest, daß die Mißstände durchaus nicht beseitigt seien und daß die Frage sich zu einer politischen entwickelt habe. Auf der einen Seite erleiden die Arbeiter Verluste von Hunderttausenden, auf der anderen erhöhen die Zeichenbesitzer die Kohlenpreise: Hilfe könne nur kommen durch den Ausbau der Wasserstraßen.

Der Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp beschränkte sich in seiner Beantwortung auf ein Eingehen auf die Ursachen der Schwierigkeiten. Die entstammen seiner Ansicht nach, wie nachher der Abgeordnete Dove (Fortschr. Bp.) den Regierungsvertreter wüßig interpretierte, dem niederträchtigen Verkehr, der sich anders entwickelt als die hochwohlwehige Beförderung vorgeschrieben hat. Das Haus stimmte dem Lobliede, das der Reichseisenbahnchef der preußischen Verwaltung sang, durchaus nicht bei. Namens des Zentrums forderte der Abgeordnete Dr. Bell die Trennung des Güterverkehrs von der Personenbeförderung; mit besonderer Schärfe wandte sich der Abgeordnete Schwabach (Nat.) gegen die preußische Verwaltung, die viel zu langsam arbeite und auf die Bedürfnisse des Lebens keine Rücksicht nehme, woraus eine schwere Schädigung des Staatsvermögens erwachse. Die Interpellation soll am Donnerstag noch weiter besprochen werden; außerdem stehen Wahlprüfungen und die Konkurrenzklause auf der Tagesordnung.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Präsident Graf Schwerin Löwitz eröffnete die Sitzung mit herzlichen Wünschen für das neue Jahr. Der Abgeordnete Kretsch gibt eine Erklärung ab zu seinen Äußerungen bei der Debatte über das Koalitionsrecht der Berliner Feuerwehrlente. Hierauf erhält der Finanzminister Dr. Lenz das Wort zur Einbringung des Etats.

Herr Dr. Lenz ist zufrieden. Zufrieden mit den Ergebnissen der letzten Wirtschaftsjahre, und ebenso blickt er mit hoffnungsvollem Gesicht in die Zukunft von 1913. Auf diesen Grundton war die Rede gestimmt, mit der er gestern im Abgeordnetenhaus den neuen Staatshaushalt einbrachte. Sei

Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von E. Dewitz

17] (Nachdruck verboten.)

Der nächste Tag erblickte Winston Howard wiederum als Herrn in seiner behaglich eingerichteten Junggesellenwohnung. Sein Freund Robert Dickinson lag ihm gegenüber und sie plauderten von geschäftlichen Angelegenheiten. Die Kunde vom Tode seines Vaters hatte Winston nicht sonderlich überrascht, da er wußte, daß dieser an der weißen Weste litt, die jährlich Hunderttausende dahinrafft und daß ihm nur noch eine kurze Frist auf Erden vergönnt war.

Das Verhältnis zwischen Vater und Sohn hatte sich niemals durch besondere Liebe von der einen oder anderen Seite ausgezeichnet und die Tatsache, daß er zum Univerfalerben des zwanzig Millionen Dollar betragenden Vermögens eingesetzt war, erfüllte ihn einermäßen mit Erstaunen. Hierfür war jedoch, wie zu Ehren der Wahrheit festgestellt sei, nicht sowohl die Liebe des Vaters zu dem Sohn, als vielmehr dessen ausgeprägter Familienstolz verantwortlich, der eine Zerstückelung des Riesenerbvermögens vermeiden wollte und daher alles dem einzigen überlebenden Träger seines Namens vermachte.

Das Begräbnis hatte am Tage zuvor stattgefunden, das Testament war geöffnert und verlesen worden und in Riesenbuchstaben hatten die Zeitungen ihren Lesern zugleich mit dem Bilde und Lebenslauf Winstons die außerordentliche Kunde gemeldet, daß der junge Mann unumschränkter Herr eines Vermögens von zwanzig Millionen Dollar, mehr als achtzig Millionen Mark, war. Die „gelbe“ Sensationspresse unterließ es bei der Gelegenheit nicht, einen eindringlichen Appell an ihn zu richten und ihn in flammenden Worten zu ersuchen, jetzt, wo das Glück ihm die Mittel zur Ausführung seiner menschenerlösenden Theorien in den Schoß geworfen habe, seinen Worten auch die Tat folgen zu lassen.

Winston hatte lächelnd vor den mehr oder minder guigemeinten Ratshlägen der Presse Kenntnis genommen und erinnerte sich ihrer jetzt in seinem Gespräche mit Robert Dickinson. Bob war übrigens keineswegs sonderlich über die Entscheidung überrascht, daß Winston, der Denker und Träumer, sich in Winston, den praktischen Geschäftsmann, verwandelt hätte. Er traute, wie schon früher

gefragt, seinem Freunde alles zu und hielt bei ihm nichts für unmöglich.

Sie hatten ihre Köpfe zusammengesteckt und Aktien, Schuldscheine, Hypotheken, beglaubigte Auszüge aus Grundbüchern und all die sonstigen Dokumente geprüft, die sein Vermögen von zwanzig Millionen Dollar repräsentierten.

„In andern Worten also“, sagte Winston unermittelt, „ich verfüge über zwöf Millionen in mündelsicheren Wertpapieren und Bankguthaben, die in keiner Weise festgelegt sind, mir also in jedem Augenblick zu Gebote stehen. Die andern acht Millionen bestehen, soweit ich überschauen kann, aus Grundeigentum. Hab ich Recht?“

„So ungefähr kann das stimmen“, erwiderte Bob, der von Winston zum Vermögensverwalter ernannt war und verschiedene Tage an der Ueberficht gearbeitet hatte, deren Fertigstellung seinem Freunde in wenigen Stunden gelungen war.

„Ich werde zehn Millionen von diesem Gelde innerhalb des nächsten Monats gebrauchen“, sprach Winston und blickte unter seinen halbgeschlossenen Augenlidern auf sein Gegenüber, in dessen Gesicht sich bei diesen Worten maßloses Erstaunen abspiegelte.

„Was? Habe ich recht gehört? Ich traue meinen Ohren nicht. Zehn Millionen Dollar in einem Monat! Du sprichst gerade, als ob du damit spekulieren wolltest.“

„Das will ich auch“, versetzte Winston unentwegt. „Das will ich auch, ich will spekulieren und zwar in einer Höhe bis zu zehn Millionen Dollar.“

„Was, du willst spekulieren? Du, der du alle Spekulanten durchweg für eine Bande von Dieben und Räubern erklärst, die ausnahmslos ins Zuchthaus gehören: du willst spekulieren? Hast du noch nicht Geld genug? Willst du noch mehr haben? O, Lord!“

„Ich habe zu viel Geld“, entgegnete Winston, „zehn Millionen Dollar zuviel.“

„Fast kommt es mir so vor. Und so wird es wohl auch den „Bären“ und „Bullen“ an der Börse vorkommen, wenn du armes, unerfahrenes Lämmchen dich mit deinen zehn Millionen Dollar unter sie wagt. Sie werden sich grausam rupfen, bis auch nicht die geringste Spur von Wolle mehr da ist und zuletzt noch obendrein auslachen.“

„Bitte sehr, ich bin nicht dein armes Lämmchen, sondern dein reicher Zehn-Millionen-Dollar-Bulle“, warf Winston ein, auf dessen Gesicht ein leichtes Lächeln erschien. „Ein starker „Bulle“, der sich nicht scheren und keine Wolle lassen wird, der von der Börsenspekulation mehr versteht als du dir in deiner Schulweisheit nur träumen läßt. Wisse, daß ich mich seit Jahren mit dem Gebiet der Börsenspekulation vertraut gemacht und sie bis in ihr innerstes Gebiete studiert habe. Du traust mir doch selbst nicht im Ernst zu, daß ich an ein Unternehmen denken könnte, von dem ich nichts verstehe, und du darfst es mir glauben, wenn ich dir versichere, daß mein praktisches Wissen dem keines täglichen Börsenbesuchers nachsteht.“

„Na, denn man zu“, grunzte Dickinson, der seinen Freund zu gut kannte, um eine zwecklose Argumentation wegen eines bel ihm feststehenden Vorhabens zu versuchen. Und was wird die Spezialität sein, in der du dein Geld loszuwerden beabsichtigst?“

„Weizen“, erwiderte Winston mit siegesgewissem Gesicht.

„Weizen?“ Wieder rief Dickinson das Wort aus. „Weizen? Willst du „bullen“?“

„Barmherziger Himmel! Aufregung gesprochen. Winston, gesthe es mir offen, wenn du deinen Scherz mit mir treibst, denn es fällt mir schwer, deine Worte ernst zu nehmen. Weizen! Hast du vielleicht plötzlich ein schwaches Gedächtnis bekommen und vergessen, was du mir vor deiner Abreise als Ausdruck deiner Ueberzeugung erklärt hast, daß nämlich die Weizen, die das Hauptnahrungsmittel der Welt — ich gebrauche deine eigenen Worte — zum Gegenstand ihrer Spekulationen ausserhalb gehängt, gevierteilt und verbrannt zu werden verdienen. Ist es nicht schon genug, wenn Swift und Legier den Weizen „bullen“ und den Preis so in die Höhe treiben, daß der arme seine Morgenjammel nur noch mit Hilfe eines Mikroskopes zu entdecken vermag? Hast du vergessen, was ich dir über die Absichten der beiden Ehrenmänner mitteilte, als mich der Zufall im Klub ein Telegramm finden ließ, das Legier von Swift empfangen hatte, der damals den Nordwesten bereiste, um die Ernteaussichten zu studieren. Nein, du hast meinen Brief nicht vergessen, und doch willst du mit jenen Spekulanten gemeinsame Sache machen. So sprich doch und erkläre mir deine Sinnesänderung!“

(Fortsetzung folgt.)

1908 wird in diesem Jahre zum erstenmale eine Anleihe vermieden, der Etat balanciert, und ein positiver Finanzüberschuss wie namhafte Ueberweisungen an den Ausgleichsfonds sind das reale Ergebnis von 1911.

Aber Herr Lenze ist wie alle Finanzminister ein vorsichtiger Herr. Daher hält er die Taschen zu, wenigstens gegen die „begehrtesten“ Unterbeamten, die sich — so sagte er — wie die anderen Staatsbürger mit der Leistung abfinden müssen und denen an Stelle der gewünschten Steuerzuschläge nur „Unterstützungen“ in Einzelfällen in Aussicht gestellt werden. Wenn ein prächtigster Minister doch einmal nur gegen die Großagrarien so energische Töne anschlagen wollte! Aber den Hinweis auf die Rekorderte von 1912, der den Agrariern sehr unbehaglich ist, verwarf Herr Lenze sofort im agrarischen Sinne durch die Einkchränkung, daß diese glänzende Ernte qualitativ zu wünschen übrig liege.

Sehr vernehmlich auf die große Mehrzahl der Steuerzahler wird die Erklärung des Ministers wirken, daß der Staat alle Einnahmequellen einschließlich der Steuerzuschläge zu erhalten beabsichtigt. Angesichts der letzten Beschlüsse der Steuerkommission rief diese Erklärung im Hause allgemeine Unruhe hervor, die ein kräftiges Echo im ganzen Lande finden wird.

Der Minister schloß seine Darlegungen mit der Feststellung, daß die preussischen Finanzen in der Welt einen guten Ruf haben. Dieser Ruf könnte noch besser werden, wenn ihre Lasten gleichmäßig verteilt wären, wenn nicht die erwerbsfähige Bevölkerung und die Städte die Hauptlast zu tragen hätten zu Gunsten des altelbischen Großgrundbesitzes und des platten Landes. Herr Dr. Lenze nannte das Bild, das er gestern entrollte, erfreulich. Vom finanztechnischen Standpunkte mag er recht haben, aber die kleine und mittlere Steuerzahler, dem die drückende Last nicht im geringsten erleichtert wird, der obenein trotz Rekorderte und Hochkonjunktur unter der weiter beschleunigten Steuererhöhung leidet, kann an diesem Etat nichts Erfreuliches finden.

Die erste Lesung beginnt am Sonnabend, nachdem in der Zwischenzeit die Fraktionen dazu Stellung genommen haben werden.

Aus Westpreuzen.

Elbing.

Jugendgerichtshilfe.

Herr Amtsgerichtsrat Koniechko hatte zu Dienstag nachmittag die verschiedenen Korporationen und Vereine der Stadt nach dem Schwurgerichtssaale eingeladen, um Stellung zu der jetzigen Frage zu nehmen, wie das Jugendgericht am wirkungsvollsten durch das Einwirken der Bevölkerung in seinen Aufgaben unterstützt werden könne. Auch unter dem Vorsitz des Herrn Koniechko wurde darüber beraten. Die Beteiligung an dieser Veranstaltung war unermessen stark, so daß der zur Verfügung stehende Gerichtssaal bei weitem nicht ausreichte die Teilnehmer zu fassen. Die Reden waren nicht nur aus Neugierde oder aus Gründen der Ehrlichkeit und des gesellschaftlichen Interesses erschienen. Besonders stark war das junge Geschlecht und der Lehrerstand vertreten. Der Einberufer hielt eine längere Rede über Aufbau und Bedeutung der modernen Jugendgerichte und deren notwendige Weiterbildung. Ganz besonderes Wort der Kritik an der jetzigen Verfassung wurde dem Herrn Koniechko ausgesprochen, wie denn überhaupt der Betrag im Allgemeinen von diesem sozialen Standpunkte des Verfassers zugunsten abging. Er klang in dem Worte aus, daß die Teilnahme mitwirken möge an der Ausgestaltung der modernen Jugendgerichte. Dies könne durch Errichtung einer Kommission geschehen, deren Mitglieder sich in Erforschung der sozialen Verhältnisse jugendlicher Angehöriger, in der Abgabe von Berichten an die Justizbehörden und des Bestandes der Jugendgerichte im Preussischen zu betätigen hätten. In der nachfolgenden Aussprache wurden die mannigfaltigsten Vorschläge und Wünsche laut. Herr Stadtrat Barthelemy empfahl die Errichtung der Jugendgerichtshilfe an die kommunalen Organisationen der Stadt und des Berufsvorstandes, was der Herr Koniechko jedoch nachdrücklich ablehnen mußte. Eine solche Einrichtung könne doch nur einseitig und unvollkommen wirken. Die am Ende der Rede der Herr Koniechko vortrug für die Errichtung der Jugendgerichte an die kommunalen Organisationen der Stadt und des Berufsvorstandes, was der Herr Koniechko jedoch nachdrücklich ablehnen mußte. Eine solche Einrichtung könne doch nur einseitig und unvollkommen wirken. Die am Ende der Rede der Herr Koniechko vortrug für die Errichtung der Jugendgerichte an die kommunalen Organisationen der Stadt und des Berufsvorstandes, was der Herr Koniechko jedoch nachdrücklich ablehnen mußte. Eine solche Einrichtung könne doch nur einseitig und unvollkommen wirken.

Danzig-Land.

Steegen. Unfall. Der Müllerknecht Ernst aus Pank wurde am Sonntagmorgen bei der Durchfahrt am 7. d. Mts. am 11. d. Mts. durch ein vom Landwirt in Steegen. Der Unfall ereignete sich, als der Wagen mit

seinen 8 Jägern am Wendt und der Arbeiter René trugen schwere Verletzungen davon, während der Vorarbeiter von der Kleinbahn, Fried. Schoenhof nur leicht verletzt war. Auf die Hilfe der Verletzten eilten der Eigentümer Peter Hähke und der Maurer Gustav Parschbauer zur Unglücksstelle hin und veranlaßten den Herrn Gemeindevorsteher in Steegen, der auch bereitwillig eintrifft, die Verletzten in ihre Wohnungen zu schaffen. Der Bauwerksmeister Wiens, Tegenhof, der zufällig in Steegen anwesend war, stellte zur Fortschaffung der Verletzten sein Automobil zur Verfügung. Wie menschliche Nächstenliebe aussieht, bewies bei diesem Fall der Beisitzer des Evangelischen Arbeitervereins, der Arbeiter Johann Lingmann, Steegen. Während keine Kollegen, die im verrufenen Landarbeiterverband organisiert sind, dafür sorgten, daß die Verletzten unter Dach und Fach kamen, bedauerte er wohl den verunglückten Besitzer des Fuhrwerks, aber die beiden verunglückten Arbeitshilfen gingen ihm nichts an. Der Arbeiter René trug solche schwere Verletzungen davon, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Zoppot.

Bermutlicher Raubmord.

Einen jähwertlichen Fund machten Holzjammler in der hiesigen Forst. In der Nähe der drei sogenannten Waldschwestern wurde ein etwa 55 Jahre alter Mann tot aufgefunden. Die Leiche wies verschiedene Verletzungen auf, so daß man auf einen gewaltsamen Tod schließen muß. Die Staatsanwaltschaft wurde benachrichtigt. Da Rock und Kopfbedeckung fehlten, wird ein Raubmord vermutet.

Dirschau.

Strassenraub.

Ein frecher Strassenraub ist am Sonnabend gegen 11 Uhr nachts in der Schöneckerstraße verübt worden. Der Zigarettenkäufer Budwech aus Elbing, ein schon älterer Herr, weilte von 10 Uhr abends ab einige Zeit im Restaurant „Ipsoli“, wo er etwa 60 Mark einkaschierte. Im Restaurant befanden sich noch zwei unbekannte junge Leute im Alter von etwa 20 Jahren, die sich ganz still verhielten, aber das Einkaschieren des Geldes beobachteten konnten. Später verließen sie das Wohnzimmer. Als nun Herr Budwech ebenfalls das Lokal verlassen hatte und sich auf dem Wege zur Stadt befand, wurde er plötzlich von zwei Leuten von hinten überfallen. Während der eine der Burichen dem B. mit der Hand den Mund zuhielt, nahm ihm der andere das gesamte Bargeld im Betrage von zusammen 180 Mark ab. Als B. nun doch um Hilfe schrie, entließen die jungen Leute ihn nach dem Wusterkoffer mit Zigaretten und lachten auerfeldem in der Richtung nach der Kiesgrube hinter dem Neubau des Herrn Kojchinski das Weite. Es gelang ihnen zu entkommen. Die beiden Burichen waren mit grauer Joppe und Deckelmütze bekleidet. Das Polizeikommissariat hinter jeden der irgendwelche Mitteilungen machen kann, die zur Entdeckung der Verbrecher führen könnten, dankt sich auf dem Polizeibureau melden zu wollen.

Schwef.

Bedrohung?

Nach Mitteilung verschiedener Blätter hat der Rektor der hiesigen höheren Mädchenschule, Herr Dr. Keller, am Tage der Reichstagswahlwahl eine Postkarte mit verkürzter Handschrift erhalten, in der ihm der Tod angedroht wird, sobald er sich an der Reichstagswahl beteilige. Der Bedrohler hat eine Belohnung von 200 Mark ausgesetzt, die derjenige erhält, der den Täter, also den Schreiber der Postkarte, so nachweist, daß er gerichtlich belangt werden kann. Wir glauben, der Herr Rektor kann ruhig sein, daß ihm nichts geschehen wird. Gewiß gibt es in allen Parteien die Köpfe, die von den Bedrohern, die im Laufe der Jahre an unsere Parteigenossen gelangt sind, einen Schrecken erregen. Freuen, wenn die Massen zum Januskernus angereizt werden. Wahrlich ist der Herr Rektor ein deutscher Agitator. Wir sind deutsche Sozialdemokraten und werden von unseren deutschen Stammesgenossen ebenso bedroht und mit einer anderen Meinung haben, als diese Edeldeutschen. Man kann nicht die unzulässigen Mächte gegen uns erheben, wie es die Polen nicht gegen die Deutschen tun und wagt. Dem Herrn Rektor mögen wir die Worte aus Goethes Jüdenbuche ins Gedächtnis rufen: Die Geißel, die ich mir selbst nicht anziehe, wird nicht los. Den Polen geht es eben gegen die Reichstagswahl, wie man sie bei der Hauptwahl benutzte hat. Aber kann diese Postkarte nicht etwa aus dem Hinterlande kommen, um den Polen eine auszusprechen?

Großer Inventur-Ausverkauf

Putz • Pelzwaren • Schuhwaren • Kleiderstoffe
Wäsche • Schürzen • Strumpfwaren • Handschuhe • Strümpfe • Besatz- und Nähartikel.

Große Sendungen Apfelsinen eingetroffen
Preise 20, 30, 40, 50 Pfennig.

S. Böttcher

Langgasse 69.

Süssbier ff. Caramelbier

Bierbrauerei Rudolf Ullrich

Elbing

Verkaufen Sie bitte keine falschen Fabrikate.

Freude und Jubel in jeder Familie

Freude und Jubel in jeder Familie

Sprechapparat

Elbinger Platten-Centrale

Hans Tischmann

Elbinger Platten-Centrale

Schuhwaren

des Spezialschuhgeschäfts von

Geschw. Salinger

ELBING, Alter Markt 27

zeichnen sich aus durch Haltbarkeit, Billigkeit

und gute Passform. Unser Prinzip ist: „größer Umsatz, kleiner Nutzen“

Glas, Porzellan, Hausgeräthe, Emaillewaren, Spielwaren

L. Wolf Söhne

Alter Markt 35.

Inventur- Ausverkauf

**Erneute Angebote
weit unter Preis.**

und andere vorteilhafte Artikel.

Ohne Rücksicht auf Einkauf sind die Preise bedeutend ermäßigt. Es handelt sich dabei nicht nur um zurückgesetzte Waren, sondern auch um große Lagerposten abzustößen. ::

Kinderkapotten
Restposten
früher bis 2.50 M.
Serie I 60._s Serie II 75._s

Damen-Blusen
Große Posten
Barchent, Velour, Wolle, Batist
Serie I Serie II Serie III Serie IV Serie V
90._s 1.35 1.85 2.35 3.50 M.

Damen-Schürzen
Große Posten
Linten-Schürzen, Blusen-, Frack- u. Mieder-Form.
Serie I Serie II Serie III Serie IV Serie V
75 95._s 1.25 1.60 1.85 M.

In der **Putzabteilung** bis zur **Hälfte** ermäßigte Preise.

Hutformen	Gamins	Touques
nur moderne große und kleine Formen	früher bis 4.50 M.	Seide, Samt, Fantasie
Serie I 95. _s Serie II 1.45 M.	einseitig 95. _s zweiseitig 1.35 M.	Serie I 2.95 M. Serie II 4.25 M.

== Garnierte Damenhüte weit unter Einkaufspreis. ==

Besichtigen Sie meine Auslagen.

Achten Sie genau auf meine Firma.

Julius Goldstein, Danzig Junkergasse 2
Lawendelgasse 4

Sozialdemokratischer
Berein Danzig-Stadt
1. Bezirk.

**Vortrags- und
Diskutierabend**
Montag, den 13. Januar.
abends pünktlich 8 Uhr im
Lokale Fischmarkt 6.
Um zahlreiches Erscheinen
erjucht
Die Bezirksleitung.
J. U.: Grenz.

Anfertigung v. Haararbeiten
sowie Ankauf von Haaren;
zahle die höchsten Preise.
Hühneraugen werden sauber
geschliffen.
C. Bartsch, Friseur,
Paradiesgasse 4.
Gleichzeitig empfehle meinen
Rasier- und Friseur-Salon.
20 bis 25 Mk. Nebenverdienst
wöchentlich für Fabrikarbeiter hoch-
feine reelle Neuheit, Muster umsonst.
Anton Schumann, Hohenstein E. S.

Gutes Logis
mit auch ohne Pension, Kenners-
kittgasse 9 part.
Friseur Harnisch, Ohra,
Dübahn 4b.
Friseur Littin, Ohra-
Dübahn 1.
Friseur Max Condy,
Kneipab 28 u. 33.
Friseur Schielau,
Bäckerstraße 13.

Inventur-Ausverkauf

30% und mehr Preisermäßigung.

Herren-Ulster u. Paletots	jetzt Inventurpreis	36 ⁰⁰	27 ⁰⁰	21 ⁰⁰	14 ⁵⁰
Herren-Anzüge	jetzt Inventurpreis	27 ⁰⁰	21 ⁰⁰	18 ⁰⁰	13 ⁵⁰
Gehrock-Anzüge	jetzt Inventurpreis	39 ⁰⁰	31 ⁰⁰	26 ⁰⁰	22 ⁰⁰
Jünglings-Anzüge	jetzt Inventurpreis	23 ⁰⁰	18 ⁰⁰	12 ⁰⁰	9 ²⁵
Herren-Beinkleider	jetzt Inventurpreis	8 ⁵⁰	6 ⁰⁰	4 ²⁵	2 ⁷⁵
Lodenjoppen mit warmem Futter	jetzt Inventurpreis	14 ⁵⁰	12 ⁰⁰	9 ⁷⁵	6 ⁵⁰
Jünglingsjoppen mit warmem Futter	jetzt Inventurpreis	13 ⁵⁰	8 ⁰⁰	6 ⁰⁰	3 ²⁵
Knabenanzüge aus blauen und farbigen Stoffen	jetzt Inventurpreis	4 ²⁵	3 ⁷⁵	3 ²⁵	2 ⁷⁵
Ein Posten wasserdichte Pelerinen	jetzt Inventurpreis	7 ⁵⁰			
Ein Posten Stoffreste zu Knabenanzügen und Hosen geeignet	jetzt Inventurpreis	0,95			
Herr.-Stoff- u. Fantasiewesten	jetzt Inventurpreis	3 ²⁵	2 ⁵⁰	1 ⁵⁰	1 ²⁵
Knabenhosen	jetzt Inventurpreis	0,95	und	0,75	

Geh- u. Reisepelze, Automäntel u. Pelzjoppen
bedeutend ermäßigt.

== Livreen weit unter Preis. ==

Da zum Verkauf nur prima Qualitäten kommen, mache ich meine werthe Kundschaft auf diese selten günstigen Gelegenheitskäufe ganz besonders aufmerksam.

Eugen Hasse
Kohlenmarkt 14-16, Ecke Passage.
Bitte beachten Sie die Auslagen meiner 6 Schaufenster.

Auf Teilzahlung!

Uhren und Uhrketten.
Trauringe etc.
div. Schmucksachen.
Reparaturen an Uhren
unter Garantie gut u. billig
H. Stupel, Uhrmacher.

Sprechapparate
von 15 Mk. bis 300 Mk.
Platten von 55 Pfg. bis 3 Mk.
Neu eingetroffen
Weihnachtsplatten
Mund- und Handharmonikas.
Reparat. an Sprechapparaten.

Uhren- und Musikhaus „Komet“, Breitgasse 130/32
3. Haus vom Holzmarkt. Telefon 558.

Inventur- und Reste- Ausverkauf

Stauenerregend billige Preise.

Strickwolle schwarz und farbig	1 Pf. 1.45 M.	95 S.
Pelz-Trikot-Untertailen		75 S.
Kinder-Pelz-Trikots		95, 75 S.
Pelz-Trikot-Hosen	1.75, 1.45 M.	
Geftr. Damen-Westen	1.45 M.	95 S.
Blaue Jacken	jetzt nur	1.45 M.
Blaue Hosen	jetzt nur	1.45 M.
Socken und Strümpfe	3 Paar	95 S.
Schlafdecken extra schwer		95 S.
Blakenett weiß und bunt		95 S.
Schwere Handtücher	3 Stück	95 S.
Lischdecken Borde bunt		95 S.
Steppdecken	jetzt nur	3.75 M.
Gardinen	Meter 38, 32,	25 S.
Fertige Betten	Satz 37.50, 28.00, 18.00,	12.50 M.

Reste und angestaubte Wäsche für jeden annehmbaren Preis.

J. W. Malzahn
Begründet 1815. Breitgasse 80. Begründet 1815.

Uhren
mit 3jähriger schriftl. Garantie
Silberne Herrenuhren von Mk. 7,50
Silberne Damenuhren von Mk. 7,50
Goldene Damenuhren von Mk. 14,50
Weiser von Mk. 1,75
Reparaturpreise:
Eine Uhr reinigen Mk. 1,
eine Feder Mk. 1, ein Glas
15 Pf., Zeiger 10 Pf., Kapsel
20 Pf.

S. Lewy Nigr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Friseur A. Müller
Schiffelbamm 30.
Friseur Ewald Krause, Ohra
Schönfeld, Weg 9.
Empfehle mich zur
Anfertigung v. Schuhwaren
jeder Art.
Reparaturen schnell, sauber
und preiswert

Albert Jurkowski
Schuhmacher, Bastion Ohra.

Lichtspielhaus
Elbing
Fleischerstraße 9

Von Sonnabend bis Dienstag
**„Im Banne des
Mammons“**

Drama in drei Akten.
Außerdem das neue
reichhalt. Programm.
Albert Mahnke
Elbing, Alter Markt 65.
Herren-Garderoben
nach Maß, gute tragbare Stoffe,
guter Sitz, billige Preise.
Großes Lager in **Hüten** sowie
sämtlichen **Herren-Artikeln.**
**Bestellungen auf die
Volkswacht**
für Elbing und Umgegend bei
D. Reimann, Reichnamstr. 118.

Friseur
Albert Blumenthal
Larientwerder, Breitestr. 54.
Reinigungs-Austrägerin,
zuverlässig und ganz be-
sonders ehrlich, für Ohra
und Neufahrwasser ge-
samt. Expedition der Volks-
wacht, Paradiesgasse 32.

Oscar Bieber
Juwelier, Danzig,
Goldschmiedegasse 6
Grosses Lager moderner Gold-, Silber- und
Alfenidwaren. Grosses Uhrenlager.
Atelier für Neuarbeiten und Reparatur.

Danzig.

Die Befichtigung gekündigter Wohnungen.

Von der städtischen Rechtsanwaltsstelle, Weichmönchengasse 5, eine Trepp, wird uns geschrieben:

Mit der vom Mieter oder Vermieter ausgesprochenen Kündigung pflegt das oft schon vorher gespannte Verhältnis der Vertragsparteien nicht gerade gebessert zu werden, und besonders die Frage der Befichtigung gekündigter Wohnungen durch Mietslustige führt häufig zu Streitigkeiten und Prozessen.

Eine Bestimmung, die dem Mieter ausdrücklich die Verpflichtung auferlegt, die Wohnung besichtigen zu lassen, existiert im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht. Diese Verpflichtung ergibt sich aber nach den Protokollen der zweiten Kommission ohne weiteres aus dem Prinzip von Treu und Glauben, da ein Weitervermieten zu den üblichen Terminen sonst für den Vermieter unmöglich wäre. Ist die Wohnung gekündigt worden, sei es mit der vertraglich festgesetzten oder mit der gesetzlichen Frist, so hat der Mieter die sämtlichen zur Wohnung gehörenden Räume nunmehr vorzuzeigen. Zeitlich beschränkt sich jedoch die Befichtigungspflicht auf die Dauer der Kündigungsfrist. Ist also schon vor dem Termin gekündigt worden, an dem spätestens gekündigt werden mußte, so beginnt doch die Verpflichtung des Mieters erst mit dem späteren Zeitpunkt. Beträgt zum Beispiel bei einem auf ein Jahr abgeschlossenen Mietvertrag die Kündigungsfrist drei Monate, so steht es natürlich sowohl dem Vermieter wie dem Mieter frei, den Vertrag schon 6 Monate vor Ablauf zu kündigen. Die Befichtigungspflicht besteht aber für die letzten drei Monate, da sonst der Mieter in übermäßiger Weise belästigt werden würde. Ein berechtigtes Interesse des Vermieters, die Befichtigungspflicht über die Dauer der Kündigungsfrist hinaus auszuüben, liegt nicht vor, denn der Vermieter hat es in der Hand, die Kündigungsfrist so zu bemessen, daß er auf ein Weitervermieten der Wohnung innerhalb dieser Frist rechnen kann. Vielfach findet sich in Mietverträgen die Bestimmung: „Nach erfolgter Kündigung ist die Wohnung Mietslustigen vorzuzeigen.“ Auch hier erstreckt sich die Verpflichtung des Mieters nur auf die Dauer der vertraglichen oder gesetzlichen Kündigungsfrist. Gleichgültig ist dabei, ob die frühere Kündigung vom Mieter oder vom Vermieter ausging. Die Verpflichtung des Mieters hört auf, sobald die Wohnung anderweit vermietet ist; sie beginnt wieder, wenn der neue Mietvertrag aus irgend einem Grunde rückgängig gemacht wird.

Nicht nur Mietslustigen ist die Befichtigung zu gestatten, sondern auch Personen, die das Grundstück kaufen, sich deshalb zu vor von dem Zustand der einzelnen Räume und der Qualität der Mieter überzeugen wollen und sich über ihre ernstliche Kaufabsicht ausweisen können. Im übrigen ist der Vermieter berechtigt, Mietslustige in Person oder durch seinen Vertreter während der Befichtigung zu begleiten. Eine besondere Legitimation darf der Mieter von dem Vertreter des Vermieters dann nicht verlangen, wenn ihm der Vertreter als Hausverwalter, Portier usw. bekannt ist.

Ein bestimmter Ortsgebrauch, während welcher Tagesstunden die Befichtigung gestattet werden muß, besteht hierorts nicht. Fehlt eine dahingehende Vereinbarung, so werden die Größe der Wohnung, die Wohnheiten der Mieter und Mietslustigen und etwaige besondere Umstände zu berücksichtigen sein. Während der Wohnzeit braucht sich der Mieter nicht stören lassen, das Betreten eines Krankenzimmers darf er verbieten, an Sonntagen und den staatlich anerkannten Feiertagen braucht er eine Befichtigung nicht zu gestatten. Regelmäßig wird dem Mieter nach Eintritt der Dunkelheit die Duldung einer Befichtigung der Wohnung nicht mehr zugemutet werden können; zu einer Beleuchtung der Räume während der Befichtigung ist er jedenfalls nicht verpflichtet. Die häufig in Mietverträgen vorkommende Bestimmung, daß die Befichtigung „zu allen Tageszeiten“ oder „zu jeder Zeit“ zu gestatten sei, gibt allerdings die Sonn- und Feiertage für die Befichtigung frei, ist aber im übrigen dahin auszulegen, daß der Mieter zur Vorzeigung der Räume nur insoweit verpflichtet ist, als es ihm unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände billigerweise zugemutet werden darf. Ist der Mieter während der Befichtigungszeit nicht zu Hause oder verreist, so hat er die Schlüssel der Wohnung an einer für den Vermieter zu jeder Zeit leicht erreichbaren Stelle, zum Beispiel beim Portier oder bei einem in hantelbarer Weise in unmittelbarer Nähe wohnenden Bekannten zur Verfügung des Vermieters zu halten. Dagegen ist der Vermieter im Allgemeinen nicht verpflichtet, die Aufbewahrung der Schlüssel selber zu übernehmen.

Erfüllt der Mieter seine Verpflichtung nicht oder nicht gehörig, so kann der Vermieter auf Duldung der Berechtigung klagen, und eventuell den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragen. Das vertraglich vielfach ausbedungene Recht der Ermittlung der Nichtgestattung der Befichtigung kann jedoch nicht schon bei einmaliger Nichtgestattung ausgeübt werden. Hat der Mieter durch sein Verhalten schuldhafter Weise die Vermietung der Wohnung verhindert, so ist der Vermieter berechtigt, Schadenersatz zu verlangen. Die Beweislast trifft den Vermieter, doch wird man vor ihm nicht den strikten Beweis verlangen können, daß ein bestimmter Mietslustiger bei Gestattung der Befichtigung die Wohnung gemietet haben würde. Der Vermieter wird vielmehr seiner Beweislast genügt haben, wenn er durch die von ihm erbrachten Beweise die Weitervermietung der Wohnung hinreichend wahrscheinlich gemacht hat.

Oberkriegsgericht.

Vor dem Oberkriegsgericht hatte sich Rechtsanwalt Hofmann hier, zu verantworten. Wegen Herausforderung zum Zweikampf, infolge eines Zusammenstoßes mit einem Hauptmann a. D., war dieser vor kurzem vom Kriegsgericht zu 3 Wochen Festungshaft verurteilt worden. Gegen dieses Urteil legte er Berufung beim Oberkriegsgericht ein. Der Angeklagte erzielte vor dem Oberkriegsgericht eine mildere Beurteilung des Falles, indem dasselbe die Strafe auf eine Woche herabsetzte.

Kriegsgericht.

Der Leutnant Diehm vom Trainbataillon Nr 17 war vom Kriegsgericht der 36. Division wegen eines Streikes mit einem Eisenbahnschaffner zu sechs Monaten Gefängnis und Entfernung aus dem Heere verurteilt. Er hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. Wie verlautet, ist er aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Wenn gegen einen Offizier ein solches Urteil ergeht, muß die Sache sehr brenzlich gewesen sein.

Bewerkschaftliches.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Aus München wird uns unterm 29. Dezember geschrieben: In den heute unter dem Vorsitz des Gewergerichtsdirektors Dr. Benner begonnenen Vorverhandlungen behufs Abschlusses eines Reichstarifvertrags für das Baugewerbe wurde vor allem beschlossen, daß zu den Verhandlungen nur die bisherigen Vertragsparteien zugelassen werden sollen. Bei der Besprechung der Sache ergab sich folgendes: Sämtliche Vertragsparteien stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt des Tarifvertrages, den sie als zurzeit zweckmäßigste Form der Regelung der Arbeitsverhältnisse ansehen. Die Parteien wünschen auch unter Ausschaltung eines Kampfes wiederum zu einem Tarifabschluß zu gelangen. Allseits besteht indes die Auffassung, daß der bisherige Vertrag im Vollzug eine Reihe von Mängeln gezeigt hat, die in einem zukünftigen Vertrag behoben werden sollen. So soll insbesondere größere Klarheit über die Akkordarbeit, über den Arbeitsnachweis, über den persönlichen und sachlichen Geltungsbereich des Vertrags sowie über die tariflichen Instanzen geschaffen werden.

Von Seiten der Arbeitgeberverbände wird als prinzipielle Forderung eine Erklärung des Arbeitgeberbundes verlangt, daß eine allgemeine Lohnhöhung garantiert wird, das heißt, es sollen die Bezirks- bzw. örtlichen Verbände angewiesen werden, über Lohn-erhöhungen zu verhandeln und eine solche zu bewilligen. Sodann sollen die Hemmnisse gegenüber dem Verlangen der Arbeiterorganisationen auf Beseitigung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Gewährleistung eines Lohnausgleichs beseitigt werden. Ferner sollen vorerst örtliche Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit stattfinden und soll erst danach in die Beratung und Festlegung des Hauptvertrags und des Vertragsanhangs eingetreten werden.

Demgegenüber erklärten die Vertreter des Arbeitgeberbundes folgendes: „Sollten sich die Bezirksverbände des Arbeitgeberbundes mit den Bezirksvereinigungen der Arbeitnehmerorganisationen auf örtliche Lohnhöhen einigen, so will die Bundesleitung dem nicht entgegenstehen. Der Arbeitgeberbund ist jedoch nicht in der Lage, die verlangte Garantie für eine allgemeine Lohnhöhung zu übernehmen, kann auch keine allgemeine Anweisung auf Lohn-erhöhung geben. Im Verhandlungs- und im Streitfall über Haupt- und Nebenverträge des Vertragsanhangs zwischen den Zentralverbänden vorher festgestellt wird. Sollten sich der Vereinbarung des Hauptvertrags und des Vertragsanhangs unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, so ist der Arbeitgeberbund bereit, den jetzigen Vertrag bis zum 31. März 1916 unverändert zu verlängern.“

Ferner wird vom Arbeitgeberbund die Einbeziehung der Betonarbeiter in den Tarifvertrag gefordert, wozu die Arbeitgeberverbände keine endgültige Stellung einnehmen können.

Sämtliche Parteien halten an diesen ihren Erklärungen fest. Die Vertreter der Arbeiterverbände erklären schließlich, daß sie auf weitere Verhandlungen über den gesamten Inhalt des Hauptvertrags und des Vertragsanhangs noch nicht vorbereitet seien und daher hierüber heute nicht verhandeln könnten.

Hierauf werden die Verhandlungen in allseitigem Einverständnis auf den 21. bzw. 22. Januar 1913 vertagt. Die Verhandlung soll in Berlin wiederum unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Benner stattfinden.

Frauenbewegung.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Gegen die Leitung höherer Schulen durch Frauen erklärte sich der Vertretung der akademisch gebildeten Lehrer Deutschlands, der vor einiger Zeit in Dresden stattfanden hat. 749 gegen nur 24 der tagenden Herren traten der Auffassung ihres Kollegen Dr. Kösel-Bielefeld bei, „daß gewichtige Gründe pädagogischer und politischer Natur“ gegen die „verhängnisvolle Neuerung“ sprechen. Die akademisch gebildeten Lehrer plätscherten vernünftig in den Entenspfühlen der üblichen Plattheiten, hinerdenen sich Borurteil, Egoismus und Konkurrenzneid verbergen, und sie gingen in der erhebenden Heberzeugung heim, den Ozean bewegt zu haben. Die Nachtmühle würde diesen Herren besser anstehen als der Doktorhut.

Ein weiblicher Professor der Philosophie wird in den Vereinigten Staaten an der Universität Lincoln in Nebraska Vorlesungen halten. Es ist dies Miß Winnefred Hyde, die im vorigen Jahre an der Universität Jena die Doktorwürde erworben hat.

Eine Konferenz weiblicher Polizeibeamter hat im Staate Oregon der nordamerikanischen Union stattgefunden. Ort der Tagung war Portland. Die Konferenz erörterte eingehend und ernsthaft Fragen der polizeilichen Verwaltung mit Bezug auf Frauen und Kinder. Sie faßte mehrere Beschlüsse dazu, die den städtischen Verwaltungen zur Berücksichtigung vorgelegt werden sollen. Diese Konferenz war unseres Wissens die erste ihrer Art.

Für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts im Kanton St. Gallen ist die Sozialdemokratie eingetreten. Im Großen Rat dieses schweizerischen Bundesstaates hat die Sozialdemokratie folgenden Antrag eingebracht: „Der Regierungsrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen und dem Großen Rat darüber Bericht und Antrag einzubringen, ob nicht das Stimm- und Wahlrecht der Niedergelassenen und Ausenhalter zu erweitern und auf die Frauen auszudehnen und ob nicht zu diesem Zwecke die Artikel 39 bis 41 der kantonalen Verfassung einer Revision zu unterziehen seien.“ Dieser Antrag geht weiter als alle anderen seiner Art, die von schweizerischen Sozialdemokraten bis jetzt für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gestellt worden sind. Er fordert diese Gleichberechtigung im Allgemeinen, also zu allen gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften des Kantons. Bis dahin hatten sich die sozialdemokratischen Fraktionen damit begnügt, Wahlrecht und Wahlbarkeit der Frau zu den Schul- und Armenbehörden zu verlangen, als ersten Schritt zur Frauen-erziehung vollen politischen Rechtes. Die schweizerische Parteipresse begrüßt mit Einmütigkeit freudig den Antrag der Genossinnen in St. Gallen und wünscht, daß er in anderen Kantonen nachgeahmt werden möge.

Familienrecht.

Die Erforschung der Vaterschaft in Frankreich. Der französische Senat hat endlich den Entwurf über die Nachforschung nach der Vaterschaft in der Fassung der Deputiertenkammer angenommen. Lange genug ist das Gesetz zwischen den beiden Kammern hin und her gewandert, endlich ist nun mit der Beschlußfassung des Senats die verächtliche Bestimmung des Code Civil aufgehoben, dieses klassische Wortes des Bourgeoisgeistes, nach dem die Erforschung der Vaterschaft verboten war. Natürlich war es nicht eine sittliche Läuterung der Bourgeoisie und ihrer Gesetzgeber, die diese Reform bewirkt hat, sondern die Not der bürgerlichen Republik an Soldaten. Die Gestattung der Erforschung der Vaterschaft gehört zu den Mitteln, den künstlichen Hemmnissen der Volksvermehrung entgegenzuwirken. Indes hat man die gerichtliche Feststellung nur für ganz bestimmte Fälle zugelassen. So wenn ein Zusammenleben der Eltern statgefunden hat, wenn briefliche Beweise für den Geschlechtsverkehr vorliegen oder nachweisliche Verführung feststeht. Diese Einschränkungen soll „Erpreßungen“ verhindern und dadurch der Befestigung der „Familie“ dienen, das heißt dem Interesse der bestehenden Familien.

Kleines Feuilleton.

Der Dichter eines Revolutionsdramas gestorben. In Straßburg starb der Dramenschriftsteller Dr. Leopold Kampf im 32. Lebensjahre. Kampf hat mit dem in Oesterreich und Deutschland verbotenen Revolutionsdrama Am Vorabend in Paris einen außerordentlich großen Erfolg gehabt.

Eine Weissagung für 1913. In Berliner Hoffkreisen geht gegenwärtig eine geheimnisvolle Geschichte von Mund zu Mund. Es handelt sich um eine Prophezeiung, deren Urkunde im Hausarchiv der Hohenzollern aufbewahrt sein soll. Die Geschichte aber lautet ungefähr so:

Im Jahre 1829 besaß Prinz Wilhelm von Preußen die berühmte Lenormand, die Heilige aller Traumbücher und Kartenlegerin, nach seiner und Preußens Zukunft.

Er riefte, wie später ein anderer Preuße, vier Fragen an das Schicksal. Die erste Frage war: Wann werde ich an der Spitze einer Armee kämpfen? Die Prophetin forderte ihn auf, die Jahreszahl dieser bedeutungsvollen Audienz mit sich selbst — wagemutig und leichtsinnig zu addieren. Das ergab: 1849. Madame Lenormand ahnte den künftigen Karlsruher Prinzen, der 1849 den bedäuflichen Zustand glorreich überwand.

Und wann werde ich abermals einen Krieg siegreich beenden, war die zweite Frage des Prinzen.

Die Zukunft liegt in der Wiederholung desselben magischen Zahlenspiels, belehrte ihn die Lenormand.

Und Wilhelm rechnete: 1849 + 1849 = 3698.

Nichtig, in diesem Jahre starb Wilhelm der Erste.

Endlich hob Wilhelm zu der letzten, dunkelsten Frage auf: Wann wird Preußen untergehen? Madame Lenormand aber überholte unentwegt den gleichen arithmetischen Spalt: 1888 + 1888 = 3776.

1913 — das ist Preußens Ende! Nach diesem, so räum man an Hofe, will man in Berlin durchaus keinen Krieg.

Diese Geschichte mutet beinahe ebenso geistreich an wie die von fantastischen Kaplänen in unserer Gegend verbreitete vom Blutzahr, Flutjahr und Blutzahr: 1911 war ein Blutzahr (weil es so warm gewesen), 1912 ein Flutjahr (weil es so viel geregnet), 1913 aber ein Blutzahr werden (Weil im Namen des Meeres und — Vertilgung der Sozialdemokraten). Die Kapläne und Madamen Lenormand können sich die Hand geben.

Briefkasten der Expedition.

Wir bitten wiederholt, den Abonnementsbetrag an unsere Austrägerin nur gegen Quittung zu leisten.

Schiffs-Nachrichten.

Kiel. In der Einfahrt des Hafens ist der mit 3000 Tonnen Zinkoxyd beladene von Karthago nach Stettin bestimmte italienische Dampfer Confidence gestrandet.

Berlin. Der Passagierdampfer Mecklenburg, der zu den Dampfern gehört, die den täglichen Passagierverkehr zwischen England und Holland versehen, ist, wie dem „B. Tagbl.“ einer der Mitfahrer berichtet, am 7. d. Mis. früh infolge plötzlich auftretenden Nebels dicht vor der Hafeneinfahrt in Blüthen auf dem Damms ausge- laufen, der den Hafen vom Meere abtrennt. Die Passagiere wurden ausgeschifft. Die Lage des Dampfers soll eine sehr gefährliche sein.

Neufahrwasser, 7. Januar. Wind W.

Angekommen: Bells, Johanson, Hamburg, Güter. — Sanja, Keller, Helsingor, leer. — Waja, Birring, Antwerpen, Thomasmehl. Gelegelt: Madinn, Travik, Newcastile, leer. — Telegraph, Uthen-woldt, Holttau, leer. Flora, v. d. Laag, Amsterdam, Güter. — Gerle-Trader, Karlsson, Abo, Zucker. — D. Siebler, Sielaff, Hull, Getreide. — Möwe, Böhm, Stettin, Güter. — Oder, More, Leith, Güter. — Kongskaug, Matland, Råde, Getreide.

8. Januar.

Angekommen: Imperial, Landsch, Antwerpen, Thomasmehl. Nichts in Sicht.

Einlager Kanalliste vom 9. Januar.

Schiffsgesähe. Stromauf: D. Antonia, Kapl. Gurski, Danzig, Güter, Jedler, Eibing.

Stechenpferd- Lilienmilch-Seife

für zarte weisse Haut
à Stück 50 g

Partiwaren Belegenheitskäufe Junkergasse 1

gegenüber dem Haupteingang der Markthalle.

Inventur-Ausverkauf

zu wirklich spottbilligen Schlenderpreisen.

Barchentblusen	95, 78
Seidene Blusen, klein bis 12 Mark	jetzt durchweg 4,60
Feinen Blusen	jetzt durchweg 1,35
Zwei-Unterröcke	1,95, 1,35, 95
Dritter Reformbeinkleider, klein und groß	jetzt 1,35
Dritter Unterröcke, klein und groß	jetzt 1,55
Dritter Untertoulen	jetzt 60
Barchent-Kinderkleidchen in 3 Größen	jetzt 78
Farbige Tischschürzen mit reich decorierten Bordern	jetzt 65
Wollene Knaben- und Mädchenmützen	jetzt 35
Reinseidene Ball-Schuhe, einschulende Bläse	jetzt 1,20
750 Gürtel, wamw. Stoff, Seide	jetzt 28
Schwarze Kinderhütchen 35 bis 45 cm hoch	jetzt 90
Schwarze Kinderhütchen 35 bis 45 cm hoch	jetzt 1,15
Spachtel-Kragen, klein und groß	jetzt 20
Garnituren, Servietten und Manchetten, klein	jetzt 55
Elegante Damen-Strumpfhalter, jedes Paar	jetzt 33
Kinder-Strumpfhalter, jedes Paar	jetzt 12
Strumpfhüte, klein und groß, jedes Paar	jetzt 10

Alle übrigen Artikel als:

Kostümröcke, wollen Blusen, Wäsche, Korsets, Schürzen, Strümpfe, Handschuhe, Taschentücher, Trikotasen, Krawatten usw. usw.

spottbillig.



Ulster!
Paletots!
Anzüge!
Joppen!
Stoffhosen!



jetzt! **25%**

Rabatt

Anzüge nach Mass
von 36 Mk. an.

Czerninski & Co.

Breitgasse 121 122
Ecke Junkergasse.

Warme Schuhe

für Herren, Damen, Knaben und Kinder verkaufe, um damit schnell und ganz zu räumen, zu sehr enorm billigen Preisen. 4. Dam 8, Winaana Häberg, neben d. Ausshank von U. v. Niehen.

Verlangen Sie

überall unsere Spezialmarke

No. 100

Artus 2 Pfg.

ges. gesch.

Feinste, aromatische Qualitäts-Zigarette.
Hürecht, wenn Zigarette Namen u. Nummer trägt.
Zu haben in den einschl. Geschäften.

Rudolf Niemierski Söhne

Telephon 3117. Danzig. Telephon 3117.

Neuschottland

Mit dem 1. Januar 1913
übernimmt Herr H. Dahl-
mann, Neuschottland 16 17

eine Ausgabeestelle
unserer Volkswacht. Auch werden dabeilbst Abonnements und
Inseraten-Aufträge jederzeit entgegengenommen. Wir bitten,
von dieser Neuierung regen Gebrauch zu machen.
Expdition der Volkswacht, Danzig, Paradiesg. 32.

Oskar
Schützmann

Destillation und Likörfabrik
Tischlergasse No 57.

Feine Liköre,
Rum, Kognak.

Empfehle meine
**feine Fleisch-
und Wurstwaren**

zu billigen Tagespreisen.
Jeden Freitag warme Blut-
und Leberwürstchen.
Artur Stetzelberg
Fleischermeister
Bismarckstr. Brunshöferweg 22.

Ausgekämmte Haare und
alte Zöpfe kauft und zahlt die
höchsten Preise, auch Puppen-
verächen und Haararbeiten wer-
den gut und billig angefertigt.
P. Jilisch, Friseur,
Engländer Damm 28.

Empfehle ff. Margarine und
Fettwaren, sämtliche Sorten
Käse sowie Marmelade
und Kunsthonig. Speise-
kartoffel in bekannter Güte.
Neu eingeführt! Täglich 2 mal frische
Milch

Verkaufsstelle „Hollando“
Schidlitz, Unterstr. 2

Friseur H. Babst,
Ecklergasse 26.

Broi- u. Schuhniederlage
Große Gasse 5
hält sich bei Bedarf den werten
Hausfrauen bestens empfohlen.
Alle Sachen wegen Umzug
zu verkaufen.
Niedere Seigen 3, Hof 1. Tür.

**Häute
und Felle**
aller Art

samt zu den höchsten
Preisen, werden auch zum
Gerben angenommen.

Albert Graf,
Ledert- und Fellehandlung,
Trautgasse 7a, Ecke Laterneng.

Arthur Dahlmann,

Danzig-Langfuhr
Hauptgeschäft Hauptstr. 27. Filiale Neuschottland 16-17.
„Zur weissen Hand“

Mehl- u. Fourage-Handlung

Lager sämtlicher Mehlvaritäten, Kornmehl, Grützen,
besonder sämtliche Fettwaren, Marmeladen und Honig.
Kartoffel Mehl-Verkauf Kartoffel

Der beste
Schnupftabak
Julius Gosda, Danzig, Hauptstr. 27. Filiale Neuschottland 16-17.
Ecklergasse 26.

Schuh- und Hutmacherei-Literatur
Schuhmacher, Hutmacher, Danzig, Danziger-Str. 22.

„Zum goldenen Bock“
Bockbierfest
E. Hirsch, Alstadt, Graben 75 und
Schmiddegasse 7.
Neu aufgenommen: Dauerwäsche.

Ed. Michaelsons Ww.
Schuhe und Stiefel jeder Art am billigsten und besten.

Ed. Michaelsons Ww. Schuhe und Stiefel jeder Art am billigsten und besten.

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeilen oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprengstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion
und Expedition 2537

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 4.

Danzig, den 11. Januar 1913.

4. Jahrgang.

Das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter.

Die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter werden aus den Verhandlungen, die der Reichstag am 10. und 11. Dezember im Anschluß an eine Interpellation der Freisinnigen Volkspartei über das Koalitionsrecht führte, die für sie nicht angenehme Lehre ziehen müssen, daß sämtliche bürgerlichen Parteien aus der Regierung auf dem Standpunkt stehen, daß die ungehinderte Ausübung des Koalitionsrechtes für die in Staatsbetrieben beschäftigten Personen nicht besteht.

Es verlohnt sich, auf diese wichtigen Vorgänge nochmals einen Rückblick zu werfen und auf die Gründe einzugehen, die für diese Stellungnahme maßgebend sind. Was zunächst die rein rechtliche Frage anbetrifft, ob die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter das Koalitionsrecht besitzen, so ist darauf hinzuweisen, daß für alle diese Arbeiter die Bestimmungen des Paragraphen 152 der Gewerbe-Ordnung Anwendung finden. Dieser Paragraph gewährt ohne Einschränkung allen gewerblichen Arbeitern das Recht, gemeinsame Verabredungen zu treffen, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Strittig könnte nur die Frage sein, ob eventuell auch die Arbeiter in den Werkstätten der Eisenbahnen dieses Recht beanspruchen können, da der Paragraph 6 der Gewerbe-Ordnung bestimmt, daß Eisenbahnunternehmungen nicht unter die Gewerbe-Ordnung fallen. Bis in die neuere Zeit hat man es für selbstverständlich erachtet, daß zu den Eisenbahnunternehmungen die Werkstätten nicht gehören, diese Werkstätten vielmehr Nebenbetriebe der Eisenbahn sind. Erst die neuere Rechtsprechung des Reichsgerichts ist dazu übergegangen, alle Unternehmungen, die mit dem Eisenbahnbetriebe in einer gewissen Verbindung stehen, zu den Eisenbahnunternehmungen zu rechnen, und damit würden die aus Paragraph 152 hergeleiteten Rechte diesen Arbeitern vorenthalten bleiben. Es gibt aber kein Gesetz, das die Koalition der Eisenbahnarbeiter verbietet oder unter Strafe stellt; mithin kann mit einem Recht gefolgert werden, daß ohne ausdrückliche Genehmigung demnach für diese Arbeiter das Koalitionsrecht besteht.

Um nun dennoch zu dem Zweck zu kommen, den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern das Koalitionsrecht vorzuenthalten, ab der Staatssekretär Dr. C. B. D. folgende sehr interessante Rechtsprechung heraus:

„Es ist nicht aufgehoben die Möglichkeit der Beschränkung des Koalitionsrechtes, die sich aus der ertelichen Gewalt, aus den Rechten der Vormünder, der Lehrherren, der Meister ergibt, und es ist vor allen Dingen durch diese Bestimmung nicht die Möglichkeit beseitigt, im Wege des Privatvertrages die Koalitionsrechte einzuschränken.“

Dieser Standpunkt des Staatssekretärs ist mit Recht in der Debatte sofort von unserm Parteigenossen Bauer scharf angegriffen worden, weil die Anwendbarkeit dieses Grundgesetzes einen direkten Verstoß gegen den Paragraphen 158 des Bürgerlichen Gesetzbuches enthält. Dieser Paragraph besagt, daß Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, nichtig sind. Gegen die guten Sitten muß eine Vereinbarung verstoßen, die das staatsbürgerliche Recht eines Andern beeinträchtigt oder aufhebt. Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Kommission und im Reichstage wurde im Anschluß an einen Antrag unseres Reichstagsabgeordneten, der diesem Paragraphen eine andere Fassung geben wollte, ausdrücklich von Regierungsvertretern und Kommissionsmitgliedern erklärt, daß es ganz selbstverständlich sei, daß der Vertrag, der das Koalitionsrecht der Arbeiter beeinträchtigt, gegen die guten Sitten verstoßen. Es läßt sich erklären, daß der Staatssekretär sich Mühe gab, diese offensichtliche Gesetzesverletzung durch die Verwaltung vieler Staatswerkstätten abzustreiten, und er ist deshalb auch auf die Einwände, die ihm von dem Genossen Bauer entgegengehalten wurden, nicht eingegangen.

Sehr beachtenswert ist aber, besonders für die hier interessierten Staatsarbeiter, daß auch kein Vertreter der bürgerlichen Parteien diesen Standpunkt des Staatssekretärs zurückgewiesen hat. Im Gegenteil, Vertreter der christlichen Gewerkschaften und der konservativen u. Winterfeldt erklärten sich ausdrücklich mit dieser Auffassung einverstanden, wobei von dem zuletzt genannten Redner auch unterhohlen zum Ausdruck gebracht wurde, daß Theorie und Praxis einen andern Weg gewählt hat, als der Reichstag annahm. Herr Behrens, der Angestellte des christlichen Bergarbeiterverbandes fügte hinzu, daß den Motiven der Gesetze, den Kommissaren und Auslegungen, weniger Wert beizulegen wäre, als dem Text des Gesetzes.

Bei einigermaßen objektiver Beurteilung der Sache hätten auch die bürgerlichen Parteien des Reichstages ein Interesse daran, der die vom Gesetzgeber, d. h. vom Deutschen Reichstag zum Ausdruck gebrachte Meinung über die Abriht, die einer gesetzlichen Bestimmung innewohnt, keine Drehungen und Wendungen aufzulegen zu lassen; sie müßten entschieden darauf halten, daß die Absicht des Gesetzgebers, soweit sie klar aus den Motiven, den Kommissionsberichten oder aus den Reichstagsverhandlungen hervorgeht, auch von den entscheidenden Instanzen gewahrt wird. Proklamiert der Reichstag nicht gegen diese unwürdige Stellung, die ihm hier von den Vertretern der bürgerlichen Parteien zugemutet wird, so gibt er sein Ansehen preis und überliefert die Auslegung der Gesetze der Willkür der Behörden. Es dürfte sich wohl Gelegenheit finden, in ähnlichen Fällen, wenn es sich allerdings nicht um Rechte der Arbeiter handelt, auf diese zweideutige Stellung der Vertreter der bürgerlichen Parteien hinzuweisen. Wenn sich die Rechtsprechung nicht an die Motive, die der Vorlage beigegeben sind, an die Verhandlungen in der Kommission, die zu Änderungen des Gesetzes führte, halten wollte, dann erscheint es überhaupt überflüssig, eingehende Berichte und Motive zu den Gesetzen und Vorlagen zu geben.

Wie aber ist nun von den einzelnen Vertretern der bürgerlichen Parteien die uneingeschränkte Aufhebung des Koalitionsrechtes der Staatsarbeiter begründet worden. Herr Müller

„Wir erkennen ohne weiteres das Recht des Staates an, darüber zu wachen, daß solche wichtigen Betriebe wie die Armee, die Verkehrsanstalten, nicht durch eine derartige Massenarbeits-einstellung lahmgelegt werden. Wir sind der Meinung, daß hier das Gemeinwohl über das Wohl des Einzelnen und über die Interessen der einzelnen Berufswege gehen muß.“

Herr Schirmer vom Zentrum, der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, gab als Beweis der guten Gesinnung folgende Erklärung:

„Die auf christlicher und nationaler Grundlage organisierten Staatsarbeiter lehnen den Streik aus den angegebenen Gründen ab. Sie haben auf das Streikrecht freiwillig verzichtet. Als Äquivalent dient ihnen die Vertretung ihrer Interessen in den Parlamenten.“

Herr J. A. L. er, der Vertreter der national-liberalen Partei, hält es für selbstverständlich, daß die Staatsarbeiter auf das Streikrecht verzichten.

Und selbst der Vertreter der Freisinnigen Volkspartei, Herr Weinhäuser, der zu den linksstehenden Sozialpolitikern seiner Partei zählt, brachte seine untertänige Auffassung von der Einschränkung des Koalitionsrechtes der Staatsarbeiter mit folgender Begründung zum Ausdruck:

„Meine Herren, wenn nun aber zugegeben werden soll, — es ist nicht genügend von verschiedenen Diskussionsrednern beachtet worden, daß auch mein Freund Dr. Müller das zugegeben hat —, daß das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter im Interesse des Allgemeinwohls gewissen Beschränkungen unterliegen muß, so wollen wir auf der anderen Seite auch mit aller Schärfe betonen, daß dafür auch ein entsprechendes Äquivalent gegeben werden muß, und zwar nicht ein Ausgleich durch Wohlthaten, sondern vielmehr ein Ausgleich durch Rechte; denn die Aufgabe von Rechten verlangt eine Entschädigung wiederum durch Rechte! In erster Linie fordern wir da die Sicherung der Existenz der Staatsarbeiter. Eine erhebliche Beschränkung des Koalitionsrechtes müßte in allen Staatsbetrieben durchgeführt werden. Die Eisenbahn- und Postverwaltung sind auf diesem Wege mit gutem Beispiel vorangegangen. Ich glaube aber nicht, daß in den Militärbetrieben heute auch die Grundsätze der Post- und Eisenbahnverwaltung durchgeführt sind, wonach bei zehnjähriger und längerer Arbeitszeit dem einzelnen Arbeiter nur von dem Direktor der Anstalt, nicht von seinem direkten Vorgesetzten genehmigt werden kann. Jedenfalls wäre sehr zu wünschen, daß auch in den Militärbetrieben und auf den Werften dieser Grundsatz durchgeführt werde.“

Diese letzte Erklärung beschäftigt sich wenigstens mit der Erörterung der Frage, was soll den Arbeitern als Ersatz für die Zurücksetzung geboten werden, die ihnen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zugemutet wird. Aber Halbheit und Unerschlossenheit leuchtet aus diesen Vorschlägen, die als Ersatz für das Koalitionsrecht geboten werden sollen. Was nützen dem Staatsarbeiter lange Kündigungsfristen, was nützt es ihm, wenn nur der Direktor das Recht hat, ihn zu entlassen. Jeder, der einigermaßen vertraut ist mit den Verhältnissen in Staatsbetrieben, weiß, daß der Wunsch eines Vorgesetzten, einen Arbeiter zu entlassen, auch vom Direktor respektiert wird. Das sind naive Anschauungen, wenn Herr Weinhäuser glaubt, der Direktor einer Anstalt wird von anderen Gesichtspunkten aus eine Korrektur des Verhaltens gegenüber dem Arbeiter vornehmen. Es ist interessant, daß keiner der Vertreter der bürgerlichen Parteien soweit gegangen ist, wenigstens zu verlangen, daß Schiedsgerichte eingesetzt werden, die über Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter zu entscheiden haben, damit diese Verhältnisse nicht ganz autoritär geregelt werden, sondern auch ein gewisser Einfluß der Arbeiter dabei zur Geltung kommt. Diesen Weg hat beispielsweise die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten von Nordamerika und auch einige australische Staaten, gewählt. Hier aber wird mit Ausserachtlassung wichtiger gesetzlicher Bestimmungen der Arbeiter in Staatsbetrieben vollständig einflußlos und machtlos gemacht, auf Gnade und Ungnade der Verwaltung der Staatsbetriebe überantwortet.

Vom Seemannsberuf.

Welch gewaltigen Aufschwung die Seeschifffahrt in Deutschland in den letzten Jahrzehnten genommen hat, zeigen uns auch die Berichte der Seevereinigungen von Jahr zu Jahr mehr. Mit Stolz verkündet der Bericht für das Jahr 1911, daß der Berufsgeroffenschaft auf der Internationalen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung zu Turin der große Preis zuerkannt worden sei. Warum, weiß man nicht.

Wie bei allen Industriearten, welche sich schnell entwickelten, nimmt die Zahl der Betriebe ständig ab, während sich die übrigbleibenden Betriebe in wahre Großbetriebe verwandeln, riesige Scharen von Arbeitern beschäftigen. So auch im Seebereufe. Laut Bericht waren z. B. vorhanden:

im Jahre 1888: 1790 Schiffahrtsbetriebe u. 28 verw. Betriebe, zus. 1818
" 1900: 1357 " " 32 " " 1417
" 1911: 1432 " " 44 " " 1536

Die Zahl der versicherten Betriebe hat also gegen 1888 fast um 700 abgenommen. Neu hinzu kommen nur die Fischdampfer- und Heringsbetriebe mit 60 im Jahre 1911.

Ganz verändert hat sich natürlich auch der Schiffsbestand an sich. Vorhanden waren zum Beispiel:

	Hölzerne Segler	Eiserne Segler	Dampfer	Zusammen
im Jahre 1888	2332	174	683	3189 Schiffe
" " 1895	1402	334	933	2679 "
" " 1900	1082	409	1208	2699 "
" " 1905	988	447	1498	2934 "
" " 1911	844	539	1687	3101 "

Die Zahl der Fischdampfer und Heringslogger hat sich seit dem Jahre 1896 von 179 auf 498 erhöht. Der Bericht erwähnt selbst, daß seit dem Jahre 1888 die hölzernen Segler um 1488 oder 63 Prozent abgenommen, während die eisernen Segler eine

Zunahme von 365 oder 209 Prozent erfahren haben. Die Zahl der Dampfer hat um 147 Prozent zugenommen. Noch deutlicher macht sich aber der Umschwung im Bruttovermögen der Schiffe selbst bemerkbar. Wahre Kolosse sind an die Stelle der hölzernen Segler getreten. Die Tabelle lehrt uns folgende Zahlen: Der Bruttovermögen in Kubikmetern aller zur Seebereufe genossenschaft gehörenden Fahrzeuge:

Segler		Eiserne		Dampfer	
Hölzerne Bestand	1912	Eiserne Bestand	1912	Dampfer Bestand	1912
1888	1912	1888	1912	1888	1912
1692262	161061	451662	1123609	1884087	11714274
	Abnahme		Zunahme		Zunahme
	90 Prozent		149 Prozent		522 Prozent

Die größte Zunahme haben also die Dampfer mit 522 Prozent in Kubikmetern Raumgehalt, dann folgen die eisernen Segler mit 149 Prozent, während die hölzernen Segler um 90 Prozent abgenommen haben.

Die größte Zunahme hatte Hamburg mit insgesamt 454 Prozent, während Danzig um 33 Prozent abgenommen hat.

Als verloren und verschollen wurden im Berichtsjahre angemeldet 43 hölzerne und 16 eiserne Segler, 2 Segler mit Hilfsmaschine und 13 Dampfer der Kauffahrtschiffe, zusammen also 65 Schiffe. Weiter gingen in Verlust 9 Fischdampfer und Heringslogger. Das sind die blutigsten Zahlen des Berichts, obgleich kein Wort hinzugefügt worden ist. Viele Menschenleben ruhen auf dem Grunde des Meeres, beweint von ihren Angehörigen.

Der Bericht gibt uns auch eine Uebersicht über die in den letzten zehn Jahren erbauten Schiffe nach dem Lande ihrer Erbauung. Danach wurden erbaut in Deutschland 1362 Schiffe und im deutschen Schutzgebiete (Südsee) 3. Im Auslande wurden dagegen erbaut 113 Schiffe in England, 141 in Holland, 15 in Dänemark, 4 in Norwegen, 8 in Belgien, 6 in Amerika, 4 in China und 2 in Australien.

Die Zahl der versicherungspflichtigen Seeleute hat sich auch riesig vermehrt. Im Jahre

Jahr	1890	1900	1905	1910	1911
zählte man	37580	47073	59295	68360	69652
versicherte Personen					

Die stärkste Zunahme hatte die Berufsgeroffenschaft im Jahre 1900 mit 5119 Personen, während in den Jahren 1892, 1894 und 1904 eine Abnahme von 144 bis 870 Personen pro Jahr zu verzeichnen war. In den übrigen Jahren dagegen ein starker Zugang, so daß sich die Zahl der Versicherten innerhalb 20 Jahren fast verdoppelt hat.

Die Zahl der Unfälle hat sich aber wesentlich mehr vermehrt, als die Zahl der Versicherten. Wertlos gleitet der Bericht darüber hinweg. Während zum Beispiel im Jahre 1888 nur 854 Unfälle mit 654 Verletzungen und 200 Todesfällen gemeldet wurden, ist die Zahl im Jahre 1911 bereits auf 3721 Unfälle, davon 3296 Verletzungen und 425 Todesfälle gestiegen.

Keine andere Berufsgeroffenschaft zählt auf 3721 gemeldete Unfälle 425 Todesfälle. Der Bericht bemerkt dazu, daß die bedauerliche Zunahme der Unfälle, besonders der Todesfälle, daraus erklärt, daß im Jahre 1911 fast in allen Meeresstellen der weitere von größter Heftigkeit gewirkt haben. Zur Beruhigung der Leser gibt uns der Bericht wieder eine vergleichende Uebersicht über die auf englischen und deutschen Kauffahrtschiffen vorgekommenen Todesfälle, wonach im Jahre 1910 in Deutschland ein Todesfall auf 229 Mann, in England dagegen ein Todesfall auf 182 Mann gekommen sei. Wir können diese Zahlen nicht nachprüfen, bestärken aber nur, daß auch der Kampf der englischen Seeleute um Unfallschutz nur berechtigt ist und für Deutschland wahrlich keine Ursache vorhanden sein kann, ruhig die weitere Entwicklung mit anzusehen.

Auffällig niedrig ist auch der Betrag für die Kosten des Heilverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalles. Es wurden nur 437 Mark hierfür verausgabt, während heute schon landwirtschaftliche Berufsgeroffenschaften größere Summen aufwenden.

Die Titanic-Katastrophe hat auch die Seebereufe genossenschaft etwas aufgerüttelt. Es wird erklärt, daß „ein weiterer Ausbau unserer Unfallverhütungsvorschriften sich als unabwendbar erweise“. Im Vorjahre war aber alles in bester Ordnung und jede Kritik verspätet. Sofort nach der Katastrophe hat die Berufsgeroffenschaft bei der Regierung die Einberufung einer internationalen Konferenz gefordert. Im Berichtsjahre wurden 2943 Fahrzeuge einer außerordentlichen Besichtigung unterzogen und 4927 Schiffe während der Fahrt von den Aufsichtsbeamten überholt. Weiter wurden im Berichtsjahre 11 208 Personen der Seebereufe genossenschaft untersucht. Kein genügender Seebereufe genossenschaft zeigte nur 1 Kapitän, 2 Offiziere und 449 Personen vom Personal. Als farbenblind wurden bezeichnet 279 Personen vom Personal, oder 2,56 Prozent derselben.

Politische Uebersicht.

Die aufgeplogene Finanzkonferenz. Die Beratungen, die der Bundesrat am 4. dieses Monats unter Hinzuziehung der Finanzminister der größeren Bundesstaaten über die Frage der Besitzsteuer gepflogen hat, haben, wie aus allen Berichten übereinstimmend hervorgeht, mit einem glatten Mißerfolg geendet.

So meldet die Tägliche Rundschau: Wie man uns mitteilt, haben die heutigen Beratungen mit dem Bundesrate zu keinem Ergebnis geführt. Er haben sich vielmehr so weitgehende Meinungsverschiedenheiten gezeigt, daß es nicht möglich war, zu einer Einigung zu gelangen. Der Reichskanzler will nunmehr versuchen, durch direkte Verhandlungen bei den Regierungen der Bundesstaaten die Beratungen zu fördern und sodann eine zweite Konferenz der Finanzminister einberufen.

Spanien.

Die Abdankung der konservativen Partei.

Ueber die Vorgänge, die zum Rückzuge Maura's und seiner Bekannungsgeossen vom politischen Schauplatz geführt haben, berichtet der spanische Genosse Fabra Ribas in der Humanität. Er betont, daß es sich um eine neue Niederlage der Mörder Ferrers handelt, nicht jedoch um einen eigentlichen Sieg der Liberalen. Maura und La Cierva waren die Väter der klerikalen Regierung im Jahre 1909, als der Zustand in Barcelona Anlaß zu einer wilden Orgie der Reaktion gab. La Cierva stellte sich die Aufgabe, die Aufständischen von Barcelona so zu züchtigen, daß man bis ins vierte Geschlecht daran denken soll! Man weiß, wie das mit Hilfe der Militärjustiz gelang, wie die Kerker von Montjuich, die Gefangenen-Mauern, die Ermordung Ferrers usw. die Empörung ganz Europas wachriefen. Gelübt durch die öffentliche Meinung aller Länder, erhoben sich alle liberalen, republikanischen, sozialistischen Elemente gegen das Kabinett, das schließlich zusammenbrach. Der Kern dieser Bewegung war das republikanisch-sozialistische Bündnis, das in seinem ersten Aufruf erklärte, die Mörder Ferrers müßten für immer vom Schauplatz verschwinden, dürften nie wieder an die Regierung kommen.

Trotzdem versuchten die reaktionären Führer in den folgenden Jahren während Canalejas Regierung mehrmals, wieder an die Macht zu kommen. Der König würde sie nur zu gern wieder berufen haben, getraute sich aber nicht, die Volksempörung so großartig herauszufordern. Nun, als Canalejas der Waffe eines Wirtstropfes zum Opfer gefallen war, glaubten sie ihre Zeit gekommen. Ihr führendes Blatt, La Epoca, hat entschieden erklärt, zu Beginn dieses Jahres würden die Konservativen wieder herrschen, ein anderes Blatt brachte sogar schon die Regierungsliste mit Maura als Chef und La Cierva als Minister des Innern. Immer aufs neue erklärte man die Politik der Liberalen für eine Gefahr für die Monarchie. Als man den Dreischreit für einen Gefangenen der Republikaner und Sozialisten. Doch würde der tapfere König deren Drohungen keinen Augenblick länger dulden. Aber die Presse dieser Parteien erklärte bestimmt, man würde eine solche Regierung niemals dulden. Und der tapfere König fand es nützlich, keine neue Volksbewegung zu entfesseln. Er beließ den liberalen Grafen Romanones an der Regierung, und nahezu hundert konservative Exminister, Senatoren und Abgeordnete haben ihren Rücktritt vom Parlament und politischen Leben erklärt. Die Liberalen, die nun nach rechts hin unangezogen das Terrain beherrschen, sind aber weder eine einheitliche, noch überhaupt eine Partei von klarem politischem Willen. „Ohne eigene Politik und von Spaltungen bedroht“, sagt Ribas, „wird die liberale Partei sich nicht lange an der Macht halten können. Was wird dann kommen? Es handelt sich in Spanien nicht mehr um eine Krise der Parteien, sondern des Regierungssystems. Im Grunde ist es schade, daß der König nicht Maura berufen hat. Er hätte damit alle Brücken abgebrochen.“

England.

Ein Erfolg der englischen Grubenarbeiter.

London. Das Schiedsgericht für die englische Kohlenzone hat heute den Bergarbeitern dieser Zone einen fünfprozentigen Lohnzuschlag zugestanden, der die Löhne auf den höchsten bisher erreichten Stand bringt.

China.

Soldatenaufstände in Tschifu.

32 Personen getötet — General Jia schwer verletzt. Infolge von Unregelmäßigkeiten bei der Auszahlung des Soldes kam es hier zu schweren Ausschreitungen der Soldaten, die in den Straßen schossen. Es wurden 32 Leute getötet und der General Jia schwer verwundet. Mehrere chinesische Banken wurden geplündert und einige Häuser in Brand gesteckt.

Danzig.

Der städtische Fleischbezug.

Mit der am 7. Januar tagenden Stadverordneten-Versammlung begann offiziell die praktische Ausnutzung des Sieges, den die kommunalen Schwarzblauen einzig durch die charakterlose Blockhülfe des Bürgertums bei den Stadtverordnetenwahlen erlangten. An diesem Tage wurden die neu gewählten Stadverordneten in ihr Amt eingeführt und damit die freisinnige Kommunalherrschaft endgültig zu Grabe getragen. Von diesem Tage haben Ministerberg und Dr. Herrmann im Rathaus gar nichts mehr zu sagen. Mit ihrer Hilfe regieren dann der unergiebliche Schmidt, die Verförperung allen menschlichen Edelmut, und der konservative Zollwächter Brunzen die Geschäfte Danzigs. Nicht aus Mitleid mit dem korrupten Bürgertum, dessen städtische Sünden dieses Schicksal wohl verdient machen, erinnern wir hieran. Aber die schwarzblaue Mehrheit ist zugleich Feindin aller städtischen Maßnahmen, die dem Profit der Mittelständler schaden. So wie der Kommunalfreisinn unter der Förderung des Allgemeinwohls die Interessen des mobilen Kapitals verstand, verkehren die Schwarzblauen darunter die engherzigsten Interessen der „wirtschaftlich Schwachen“ im sogenannten Mittelstande, der Hausagrarier, Händler usw. Sie sahen schon sehr scheel auf die städtische Fleischbeschaffung. Zu ihm gehören auch die Fleischermeister, die die städtische Hilfe zuerst durch die gar zu plump eingefädelt Obstruktion verhindern wollten. Sie waren selbstverständlich nicht erfreut, als die Stadt doch die Einführung des russischen Fleisches in die Hand nahm. Eine Anzahl von ihnen erklärte sich nur deshalb zum Verkauf des russischen Fleisches bereit, weil die Innung weiteren Schaden vermeiden wollte, die die Hartköpfigkeit zur Folge haben müßte. Die Stadt hätte den Verkauf in eigener Regie unmöglich vermeiden können und dann wären die hiederigen Meister gar zu sehr blamierte Europäer gewesen. Trotz der scheinbaren Nachgiebigkeit ist aber unter den Fleischermeistern die Opposition gegen die städtische Fleischbeschaffung nicht geringer geworden. Sie suchte nur andere Wege um unbeschadet um so sicherer das Ziel zu erreichen und die unbequeme Konkurrenz der Stadt so bald wie möglich los zu werden. Das Fesseln nach dieser Richtung hat vom ersten Tage an nicht aufgehört! Wieder zeigte der Magistrat, der es mit den Schwarzblauen, besonders unter dem Einfluß des Oberbürgermeisters Scholz, nicht verderben will, von vornherein nicht zu viel Widerstand. Auf den Plakaten, die die Ankunft des russischen Fleisches anzeigten, stand und steht kein Wort davon, daß auch die Stadt auf eigene Rechnung verkauft. Im Interesse der noleidenden Bürgerschaft geschah das ganz und gar nicht.

Eine ganze Reihe von Anzeichen deuten darauf, daß die russische Fleischzufuhr so ganz camäleonhaft aufhören soll. Die Zahl der Fleischermeister, die Verkaufsstellen haben, hat sich zusehends vermindert. Hierdurch soll auch bewiesen werden, daß ein Bedürfnis für den Bezug des Fleisches nicht mehr existiert. Auf dem Rathaus ist man schon jetzt sehr geneigt, diesen Beweis zu sein Obr zu leihen. Es ist also kein Wunder, wenn Fleischermeister von der Vermehrung der schwarzblauen Fraktion, der sogenannten „Männer der praktischen Lebens“, die beschleunigte Entfernung der in ihren Augen absolut unbefugten Konkurrenz der Stadt erwarten.

Leider haben andere Städte sich dem Drängen der eigensüchtigen Fleischhändler schon entgegenkommend gezeigt. Und in solchen Fällen beruft sich der Danziger Magistrat sehr gern auf auswärtige Beispiele. In der schwarzblauen Fraktion ist man auch schon emsig am Werk, um den Magistrat ganz müde zu machen. Als Borspiel zur Beseitigung des russischen Fleisches hat man schon die sogenannte Teuerungskommission tot gebremst. Von ihrer Existenz ist auch nicht das geringste zu merken.

Wir erhoben gegen den Plan, der Einstellung des städtischen Fleischbezuges, entschiedenen Widerspruch. Es wäre geradezu frivol, wenn der Magistrat gerade zu Beginn der noch steigenden Arbeitslosigkeit die Sorge für den Profit der Fleischermeister über die bescheidenste Rücksicht auf die noleidenden Armen stellen würde. Die Fleischpreise haben sich keineswegs so geändert, daß das russische Fleisch entbehrt werden kann. Man irrt sich gewaltig, wenn man glaubt, daß die Einstellung des Fleischbezuges bei der Bevölkerung keinen Widerspruch finden würde. Diese Ansicht konnte im Rathaus nur entstehen, weil man dort, wie man im Jahre 1911 offen eingestand, keine Verbindung mit den Massen hat, für deren Ernährung das russische Fleisch direkt und indirekt durch den Preisdruck auf das heimische, noch immer eine unbedingte Notwendigkeit ist. Der Magistrat sollte einmal die Ansicht von Arbeiterfrauen und Familienmüttern einholen und er würde nicht einen Augenblick an die Abschaffung des russischen Fleisches denken.

Eine neue städtische Liebesgabe.

Wenn es im Rathaus wirklich einen Grundfah gibt, nach dem die städtischen Geschäfte gelenkt werden, so kann es nur das berühmte Wort: Nach uns die Sündflut sein! Man versteht sonst überhaupt nicht, wie man die Brutalität dieser kapitalistischen Klassenpolitik auch nur theoretisch verstehen soll. Das Wohnungs-elend grassiert hier schrecklicher, als in irgend einer anderen Stadt. Die Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit verweigerte man, um die Arbeiter nach der unbezahlbaren Nationalökonomie des Stadtrats Loop nicht — unglücklich zu machen! „Aber die Frühstücksverteiler für die unzähligen hungernden Schulkinder denkt noch niemand! So weit sie früher erfolgt ist, mühen die Kosten durch Beitelgroßchen aufgebracht werden. Die Stadt hatte, trotz der ganz ungenügenden Mittel der Veranstaltung, bis für nichts übrig. Den Armen der Stadt entzog man sogar noch 7000 Mark jährlich von ihren großen Unterstüßungen. Niemand, der nicht etwa ein „besseres“ oder verschämter Armer ist, erhält jetzt die städtische Unterstützung, der sich weigert, in das ruhmbehaftete „Armenparadies“ nach Pelonten zu gehen. Vor wenigen Wochen warf sich der Oberbürgermeister in der Stadtverordneteversammlung in die Brust und protestierte mit Entrüstung dagegen, als ob die besitzenden Schichten von der Stadt bevorzugt würden. Und nun ist schon die erste große Portion des neuen Jahres, die den Stadtverordneten zugewandert ist, ein wahrer Hohn auf diese Entzündung. Die 60 000 Mark für den Brunnensaal im altstädtischen Rathaus sind noch kaum bewilligt, so lächerlich es dem Magistrat schon, daß in Danzig kein würdiger Tatterfall vorhanden ist. Tatsächlich ist aber einer vorhanden, in der Nähe des Bahnhofs in der Elisabethstrasse. Dem höheren Pferdeverstande ist die Begende wohl noch nicht sein genug und so wünscht der Magistrat einen solchen Reitpalast in der Großen Allee. Natürlich soll das auch keine Begünstigung der Agrarier und Sportsleute auf Kosten der armen Steuerzahler werden. Der Magistrat will nur ein Grundstück von 2550 Quadratmeter, für — 10 — Jahr — Mark pro Quadratmeter, verkaufen! Weitere 9390 Quadratmeter sollen für 5 Mark pro Quadratmeter verpachtet werden. Also einfach ein gutes Geschäft und sogar ein sehr gutes für die armen — „Käufel“! Auf Anregung des Kriegerehrenhauptmanns und Stadtrats Dr. Deiden hat sich nämlich eine Verkaufereinigung für edle Reit- und Wagenpferde westpreussischer Züchter und Interessenten“ als Genossenschaft gebildet. Deren 175 Mitglieder haben 70 000 Mark als Anteile — gezeichnet! Die weiteren Grundlagen ihrer Existenz soll der — Kauf von der Stadt bringen. Es soll eine Reithalle gebaut und überhaupt der Verkauf der Gänzlichgeforderten werden, um wie der Magistrat in rührender Fürsorge zur Begründung schreibt, einen in Danzig seit langer Zeit empfindlichen Bedürfnis abzuhelfen. Wir hören in der „Begründung“ auch wieder die alte Melodie, daß dem Allgemeinwohl durch die Reithalle genützt würde, weil dort Verkäufe, Kongresse usw. abgehalten werden könnten. Von Nahrung überwältigt wurden wir aber, als wir lasen, welch warmes Gefühl der Magistrat für das Wohlergehen der vornehmen Gänzlichgeforderten hat. Pensionsfälle seien notwendig, um das Bedürfnis vieler in Langjahr Wohnender zu befriedigen. Die Wohnungsnot der Pferde geht also dem Magistrat zu Herzen, für die der Menschen hat er keine Hilfe!

Um alle diese edlen und hochherzigen Aufgaben auch tatsächlich erfüllen zu können, soll die ablig-agrarische Genossenschaft den sogenannten Kaufpreis überhaupt nicht bezahlen. Ganz offensichtlich der Magistrat vor, daß die Kaufsumme von 25 000 Mark auf das — verkaufte Grundstück hinter 100 000 Mark als zweite Hypothek eingetragen wird. Man saß sich unwillkürlich an den Kopf, woher man den Mut zu diesem gewaltigen Vorhänge genommen hat. Der Hypothekenswindel mit den „Nordischen Schindustrie- und Standalwerken“ ist den Steuerzahlern doch wirklich teuer genug zu stehen gekommen. Nun soll das kostbare — Verfahren schon wieder geübt werden. Dann wäre es doch mindestens schädlicher, den noleidenden So. rbrüdern und Pferdeagrarier den Kaufpreis direkt zu schenken. Schließlich kann man noch neugierig sein, für welche Zeit die 9500 Quadratmeter verpachtet werden sollen? Es sind sicher in keiner anderen Stadt der Besitzenden solche Zuwendungen aus den Taschen der Steuerzahler gemacht, wie in Danzig. Trotzdem wird man aus der kommunalen Dreifachpreispolitik keinen Fall finden, der auch nur ähnlich skandalös die kapitalistische Liebesgabenpolitik kennzeichnet, wie diese Begünstigung der Gänzlichgeforderten und ihrer Verehrer. Dabei kann dafür nicht einmal der Phyzantismus entscheidend sein, weil doch gewisse bürgerliche Charaktere ihre Protodisstränen schon jetzt dem schrecklichen Moment weihen, in dem der Kronprinz Danzig verlassen wird.

Bewerkschaftsbewegung.

Der Tarifkampf in der Holzindustrie.

Borpostengefächle. Während die Deffentlichkeit auf Grund der bisherigen Berichte über den Stand der Verhandlungen zwischen der Parteien sicher auf beiden Seiten das ernstliche Bestreben zur Erhaltung des Friedens voraussetzte, steht die Situation in Wirklichkeit ganz anders aus, weshalb es nötig scheint, den Vorhang etwas zu lüften und den wahren Tatbestand zu zeigen. Denn um die Taktik des Gegners zu erkennen, muß man sich vor allen Dingen seine Taten und nicht seine Worte betrachten. Dazu wird man gegenüber dem Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe durch dessen Verhalten bei markanten Streitfällen aus jüngster Zeit geradezu herausgefordert.

Im Holzgewerbe unterliegt die Entscheidung der aus den Verträgen entstehenden Differenzen den örtlichen Schlichtungskommissionen, die zum größten Teil ohne unparteiischen Vorsitzenden arbeiten. Ein solcher wird erst mit herangezogen, wenn die aus beiden Parteien zu gleicher Zeit zusammengefasste Schlichtungskommission sich nicht verständigen kann. Daneben fungieren die Zentralvorstände der Verbände als Berufsinstanzen, und es kommt wie-

derholt vor, daß diese mit der endgültigen Erledigung einer Streitfrage von den Ortsparteien beauftragt werden anstatt einen Unparteiischen damit zu betrauen. Ein Fall dieser Art hat sich jetzt in Höchst am Main abgespielt.

Im Jahre 1910 kam in Höchst ein Tarifvertrag zustande, ohne daß über die Arbeitszeit schon eine endgültige Verständigung Platz gegriffen hatte. Die Arbeiter beharrten ebenso fest auf ihrer Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit, wie die Unternehmer dieses ablehnten. Die Entscheidung darüber, ob eine Arbeitszeiterkürzung eintreten sollte oder nicht, wurde der zentralen Schiedskommission und den Zentralvorständen übertragen. Diese Entscheidung wurde am 6. Juni 1910 gefällt und lautet: „Die Arbeitszeit in Höchst wird am 1. November 1912 für sämtliche Tischlereibetriebe auf 54 Stunden wöchentlich verkürzt, mit Lohnausgleich.“

Als nun am 1. November cr. in Höchst diese Arbeitszeiterkürzung eintrat, entstand der Streit wegen Zahlung des vorgesehenen Lohnausgleichs. Die Unternehmer lehnten es nämlich strikte ab, den Akkordarbeitern den Ausgleich zu zahlen, während die Arbeiter hiermit durchaus einverstanden waren. Es hätte also, wie in allen sonstigen Fällen, auch hier eine Entscheidung der vorgesehenen Instanzen eintreten müssen. Dazu ist es aber nicht gekommen, und zwar aus dem Grunde, weil der Zentralvorstand des Unternehmerverbandes in ebenso unbedeutender wie unberufener Weise vorzeitig in den Streit der Ortsparteien eingriff und seine Mitglieder die strikte Anweisung gab, den Akkordarbeitern den Ausgleich unter keinen Umständen zu zahlen. Damit war jede vertragliche Regelung der Sache unmöglich gemacht, die Unternehmer hielten den Arbeitern diese schriftliche Erklärung des Schutzverbandsvorstandes vor und ließen sich nun natürlich auf gar nichts mehr ein.

Demnach trifft den Zentralvorstand des Unternehmerverbandes die ganze Verantwortung für die nachfolgenden Differenzen. Im Verlauf von wenigen Tagen ist es dann in Höchst zur Arbeitseinstellung in einem Betriebe und im Anschluß hieran zur Aussperrung durch die Unternehmer gekommen. So stand die Sache, als am 13. Dezember zwischen den Zentralvorständen die allgemeinen Tarifverhandlungen weitergeführt werden sollten. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes verlangten vor Eintritt in die Verhandlungen eine befriedigende Lösung der höchster Angelegenheit, worauf folgender Beschluß zustande kam:

„Es wird beschlossen: die in Höchst von beiden Parteien, Unternehmern sowohl wie Arbeitern, getroffenen Maßnahmen sind sofort zu beenden. Jeder Arbeiter tritt in sein altes Vertragsverhältnis wieder ein.“

Die beim höchsten Vertrag seinerzeit wirkende zentrale Schiedskommission ist ohne Bezug einzuberufen, um nach Anhören der örtlichen Parteien darüber zu entscheiden, ob die in Höchst am 1. November 1912 eingetretene Lohnhöhung infolge Arbeitszeiterkürzung auch Anwendung auf die in Höchst beschäftigten Akkordarbeiter finden soll. Der Spruch hat rückwirkende Kraft.“

Es sollte demnach die Arbeitsaufnahme am 16. und die Verhandlung der zentralen Schiedskommission am 17. Dezember stattfinden. Als sich, wie verabredet, die Parteien am 17. Dezember zur Verhandlung zusammenfanden, trat der Vorsitzende des Schutzverbandes, Herr Kahardt abermals als Friedensstörer dazwischen und erklärte: Die Voraussetzungen für die Verhandlung der Kommission sind nicht erfüllt, weil noch nicht alle Leute in Höchst zur Arbeit zurückgekehrt sind. Aus diesem Grunde lehnen die Unternehmer jede Verhandlung ab, bis die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.“ Sprachs um Verschwand Verhandlung? Ein solches Verhalten konnten sich die Arbeitervertreter auch selbst dann nicht gefallen lassen, wenn ihren Kollegen alle Schuld für die angebliche Nichtaufnahme der Arbeit zufallen sollte. Aber davon ist in Wirklichkeit keine Rede. Die Sache liegt wie folgt:

Als am Morgen des 16. Dezember sich die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bei ihren Arbeitgebern meldeten, wurde eine größere Anzahl von ihnen mit der Weisung zurückgewiesen, sie sollten später eventuell nach Weihnachten wiederkommen. Die Herren hatten sich vorgenommen, eine Auslese vorzunehmen und die schon in früheren Jahren geübte Maßregulierungspraxis, die den Arbeitern noch gar zu deutlich in Erinnerung ist, von neuem anzuwenden. Nur eine einzige Firma hat, entgegen dem Beschluß vom 17. Dezember, ihre sämtlichen Leute wieder aufgenommen, alle übrigen haben sich zunächst dessen geweigert. Erst nach mehrmaligen Bemühungen des Vertreters des Holzarbeiterverbandes ist es erreicht worden, daß die Wiedereinstellung vollzogen werde; bei einer Firma sind auch jetzt noch zwei Arbeiter ausgespart. Jedoch ist des lieben Friedens wegen darüber hinweggesehen worden. Mit einer Firma ergaben sich dann noch Differenzen, an denen die Arbeiter kein Verhängnis trifft. So mag dem der Kaufpreis freiergehen und der Arbeiter wegen mag er auch, wie bereits aus Unternehmerkreisen der Berliner Volkszeitung mitgeteilt wird, demnächst auf andere Vertragsorte übergreifen. Die Arbeiter werden abwarten, wer letzten Endes dabei den Kürzeren zieht.

Auch im Lindenwalde zeigte sich der Unternehmerverband in ähnlicher Weise als äußerst unsicherer Tarifkontrahent. Die Holzarbeiter werden jedenfalls ihre Lehren daraus ziehen und der Holzarbeiterverband wird fortwährend auf solche Provokationen die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben.

42 Vertrauensmännerversammlungen sämtlicher Bezirke und Zweige des deutschen Holzarbeiterverbandes beschlossen in Berlin, an den aufgegebenen Grundforderungen: Verkürzung der Arbeitszeit, eine den Zeitverhältnissen entsprechende Lohnhöhung und weiteren Ausbau des paritätischen Arbeitsnachweises mit aller Entschiedenheit festzuhalten.

Bereinskalender.

Der 1. Bezirk des sozialdemokratischen Arbeitervereins hält seinen Diskussionsabend Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Pommann, Fischmarkt 6, ab. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.



Schwere Gebrauchs-

Stiefel, Schaffstiefel und Schuhe in enormer Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen. 4.50, 6, 7 M. etc. d. Paar.

Ein Versuch überzeugt!

Stiefelkönig

G. m. b. H.

120 Breitweg 120.

English Club

Breitgasse 106/107, Ecke Scheibenrittergasse.

Mit Erscheinen dieser Zeitung beginnt unser diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

und bringen nachstehende Artikel zu hervorragenden billigen Preisen.

Ein grosser Posten
Ober-Hemden (durch Dekoration etwas angestaubt)
Serie I Stück **2⁴⁵** Serie II Stück **3¹⁰** Serie III Stück **3⁷⁵**

1 Posten
steife Hüte 1⁷⁵
moderne Formen . . . Stück

1 Posten steife
Haar-Hüte 1⁹⁵
A. Formen, früh bis 7 50, jetzt Stück

Ein Posten
Stehkragen 85
A. Formen . . . Stück

Ein Posten
Umlegekragen 1²⁵
B. Formen . . . Stück

1 Posten starke
Herrensocken 35
Wolle, Latten . . . Paar 45 u.

1 grosser Posten
Knaben-Winter-Mützen 45
früh Preis bis 1,50, jetzt Stück

1 Posten
weiche Hüte 2⁴⁵
moderne Formen und Farben, 7 früherer Preis 4 50, jetzt Stück

1 Posten
Kragenschoner 45
früh Preis bis 1,75, jetzt Stück

Ein Posten starke
Futter-Hosen 95
Stück 1,25 u.

1 Posten
Hosenträger 75
Paar 95 u.

grosser Posten **Selbstbinder** (moderne Dessins) Stück 75 u. **45**

Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen hoch erfreut an
Franz Petrowski und Frau.
Schiditz, 5. Januar 1913.

Fahrräder, Ersatzteile, Sprechmaschinen, Schallplatten
sowie sämtl. Reparaturen zu billigen Preisen.
Teilzahlung gestattet.

A. Hein,

Fahrradhandlung,
Danzig, Breitgasse 115.

Zähne werden gut gezogen, auf Wunsch schmerzlos, auch wird der Nerv getötet von W. Schreiber, Heilgebäude, Fischergasse 27.

Hygienische Bettfedern-Reinigungs-Anstalt
nur **Häkergasse No. 63**
an der Markthalle. Tel. 2788.

Spezial-Geschäft für fertige Betten Bettfedern u. Daunen Einschüttungen Bezüge, Laken Bett- u. Steppdecken eiserne Bettgestelle von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten
nur **Häkergasse 63** neben d. Markthalle. Tel. 2788
Bei Einkauf neuer Einschüttungen werden die alten Betten gratis mit der Maschine umgeschüttet. Abholen und Lieferung gratis.

Stadt-Theater.

Freitag, den 10. Januar 1913, nachmittags 7^{1/2} Uhr. Außer Abonnement.
Die keusche Susanne.
Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 3^{1/2} Uhr. Bei ermäßigten Preisen **Der Wunschpeter und das Glücksglas männlein.**
Sonntag, den 12. Januar, abends 7^{1/2} Uhr. Abonnements-Vorstellung. Passpartout C. 1. **Alasker-Vorstellung.** Bei ermäßigten Preisen. **Die Räuber.**
Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr. Bei ermäßigten Preisen **Der Wunschpeter und das Glücksglas männlein**
Sonntag, den 12. Januar, abends 7 Uhr. Außer Passpartout Abonnement. **Tristan und Isolde** von Richard Wagner
Montag, den 13. Januar, abends 7^{1/2} Uhr. Außer Abonnement Passpartout D 1. **Autofliehen.**
Dienstag, den 14. Januar, abends 7^{1/2} Uhr. Abonnement-Vorstellung Passpartout E. 1. **Der Postillon von Lonjumeau.**

Wilhelm-Theater

Danzig, Langgarten 31a.

Am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr wird auf Ersuchen des Bildungsausschusses das Volksstück

Menschenrechte

gegeben. Der Bildungsausschuss hat für diese Vorstellung das gesamte Theater gemietet. Die Eintrittskarten werden zum Preise von 40 Pf. im Vorverkauf und 50 Pf. an der Kasse abgegeben. Die Verlosung der einzelnen Plätze erfolgt von 2 Uhr ab, am Eingange des Theaters. Der Preis ist für sämtliche Plätze einheitlich ganz gleich, ob Loge, Saal, Sperrsitz oder Galerie.
Im Vorverkauf sind die Billets zu haben in den **Gewerkschaftsbüros**, Schüsseidamm 56, Schüsseidamm 11, Breitgasse 74, Dominikswall 8, in der **Buchhandlung Volkswacht**, Paradiesgasse 32, **Zigarrenhandlung Eugen Seifin**, Schüsseidamm 50 und bei den Gastwirten **Beuster**, Schüsseidamm 28; **Reimann**, Fischmarkt 6; **Wolters**, Röpergasse 23; **Steppuhn**, Karthäuserstrasse 27 und **Lihring**, Langfuhr, Michaelsweg 38.
Infolge der billigen Preise empfehlen wir den Arbeitern, die Gelegenheit zum Besuch dieses Volksstückes zu benutzen.

Der Bildungsausschuss.

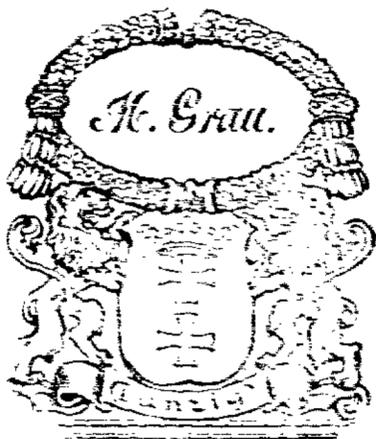
Verband der Maler Danzig, Zoppot und Oliva. Filiale

General-Versammlungen

am Montag, den 13. Januar 1913, abends 4 Uhr, im Lokale des Herrn Blochus, Franziusstraße 5, Zoppot
am Dienstag, den 14. Januar 1913, abends 4 Uhr, im großen Saale der Maurerherberge, Schüsseidamm 28.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.
 2. Abrechnung vom IV. Quartal.
 3. Jahresbericht des Vorstandes.
 4. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und Kartelldelegierten.
 5. Lohnbewegung 6. Verschiedenes.
- Bei dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.



Das vornehme Kredit-Haus

Nicolaus Pinda Nachf.

M. Grau

Danzig, Holzmarkt 4.

Ausstellung von **100 Musterzimmern**

4 Holzmarkt 4
Part. I. II. III. IV. Etage
Fahrstuhl nach allen Etagen.

Inventur-Verkauf
zu aussergewöhnlich billigen Preisen

Möbel
in jeder Stilart und Preislage
Kompl. Wohnungseinrichtungen
von 200 bis 15000 Mark.
Anzahlung von 10 Mark an.
Einzelne Schränke, Vertikos, Spiegel, Tische, Bettstellen, Stühle, Sofas, Garnituren usw.
Anzahlung von 2 Mark an.

Damen-Konfektion
Erstklassige Formen und wunderbar le Stoffe
Kostüme, Mäntel, Ulster, Jacketts, Röcke, Blusen, Pelzkragen, Muffen etc.
von 3 Mark Anzahlung an

Herren-Garderobe
in moderner und eleganter Ausführung:
Paletots, Ulster, Jackett - Anzüge mit gestreifter Hose, Gehrock-Anzüge, Knaben-Anzüge
von 3 Mk. Anzahlung an.

Teppiche
Läufer, Felle, Steppdecken, Tischdecken, Chaiselonguedecken, Tülldecken, Gardinen, Künstler - Gardinen, Stores, Kleiderstoffe, Bettbezüge usw. usw.

Beamten und Kunden ohne Anzahlung.

Beachten Sie meine Schaufenster!

Diskrete Lieferung frei Haus.

Verlangen Sie meinen Prachtkatalog. Zusendung gratis und franko.